



Heidelberger Datenreport
zur Chancengleichheit
von Frauen und Männern

chancen



Herausgeberin:
Stadt Heidelberg,
Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann

Postfach 105520
69045 Heidelberg
Telefon: 06221 58-15510
E-Mail: gleichstellungsamt@heidelberg.de
Internet: www.heidelberg.de/gleichstellung/

Konzeption, Recherche und Text:

Dörthe Domzig, Leiterin des Amtes
Gerda Zill, Diplom-Soziologin unter Mitarbeit von Jochen Schott
und das Team des Gleichstellungsamtes

Titel:

zet. Die Agentur, Heidelberg

Gestaltung:

Doris Rasch

Druck:

Hausdruckerei

Heidelberg, im November 2006

Inhalt

Einleitung	4
Kurzfassung.....	6
Bildung.....	13
Erwerbstätigkeit.....	20
Vereinbarkeit Familie und Beruf.....	36
Mitsprache und Einflussnahme.....	41
Sicherheit und Gewaltfreiheit.....	48
Lebensformen.....	61

Einleitung

Wesentliche Schritte zur Chancengleichheit von Frauen und Männern sind durch das verfassungsrechtliche Gleichstellungsgebot und die zahlreichen Konkretisierungen in Einzelgesetzen geschaffen worden.

Die Stadt Heidelberg hat mit der Einrichtung eines Amtes für die Gleichstellung von Frau und Mann und mit dem im Landes- und Bundesvergleich herausragenden Ausbau der Kinderbetreuungsangebote entscheidende Anstrengungen zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowohl in der Kommunalverwaltung als auch in der Kommune geleistet. Ganz im Sinne des 1999 auch von der Deutschen Bundesregierung beschlossenen Gender Mainstreaming¹ wurde die Arbeit des Amtes für Gleichstellung in Heidelberg von Anfang an als Querschnittsfunktion im Dezernat der Verwaltungsspitze konzipiert und in der praktischen Umsetzung als Mehrebenenkonzept in jedem Bereich der Kommunalverwaltung verfolgt.

Um auf den Abbau der typischen Gleichstellungsprobleme zwischen Frauen und Männern hinzuwirken, ist in Kooperation mit den entsprechenden Partnerinnen und Partnern in der Stadt in allen relevanten Handlungsfeldern ein gleichstellungspolitisches Profil entwickelt worden². Zur Verankerung des neuen Politikfeldes in jedem Bereich der Kommunalverwaltung wurden notwendige Grundsatzbeschlüsse und Verfahren zur Steuerung von Diskriminierungsfreiheit und gleicher Teilhabe im Geschlechterverhältnis verabschiedet.³

In welcher Weise sich all diese Bemühungen bereits in Heidelberg niederschlagen, lässt sich leichter erkennen, wenn wir von klaren Basisdaten ausgehen können. Analog zu unserer regelmäßigen Berichterstattung über die Situation von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung Heidelberg möchten wir erstmals einen umfassenderen Datenreport über Frauen und Männer in Heidelberg vorlegen. Er soll zu einer Standortbestimmung bei der Verwirklichung der Chancengleichheit in unserer Stadt sowie zu einer gezielten Weiterentwicklung der geleisteten Arbeit beitragen.

Die thematische Eingrenzung der Stuserhebung erfolgt entlang der Themenfelder, die gleichstellungspolitisch von besonderer Bedeutung sind, da sie als Indikatoren für die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Männern herangezogen werden können. Das gilt vor allem für die Bereiche Bildung und Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, politische Partizipation und Sicherheit.

Seit 1994 führt die Stadt Heidelberg im Drei-Jahres-Rhythmus repräsentative Befragungen zur Lebenssituation in der Stadt durch – in gewisser Weise einer ‚kleiner‘ Mikrozensus auf Gemeindeebene. Diese ‚Heidelberg Studien‘ liefern Datenmaterial, das es erlaubt, Entwicklung und Veränderung in einem Zeitraum von rund zehn Jahren zu dokumentieren. Für die Themenbereiche Bildung, Erwerbstätigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Lebensformen bildeten die Ergebnisse der ‚Heidelberg Studien‘ die wichtigste Bezugsgröße. Sie wurden bis einschließlich 2003 berücksichtigt, dies aus pragmatischen Gründen, da die überlokalen Vergleichsdaten in der Regel ebenfalls für

¹ Mehr zum Gender Mainstreaming auf der Homepage des Gleichstellungsamtes:
<http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1155059/index.html>

² Über den Stand der Projekte in den zahlreichen Handlungsfeldern informiert die Homepage des Gleichstellungsamtes hier: <http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1155072/index.html>

³ Über Verfahren informiert im Einzelnen die Homepage des Gleichstellungsamtes:
<http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1155073/index.html>

diesen Zeitpunkt vorlagen. Auf diese Weise konnten die Befunde aus den ‚Heidelberg Studien‘ im Sinne einer vergleichenden Darstellung vor dem Hintergrund überregionaler und (angesichts der fortschreitenden europäischen Integration) internationaler Daten analysiert und qualifiziert werden.

Zu diesem Zweck wurden vorrangig die Mikrozensusdaten der statistischen Ämter auf Landes- und Bundesebene und die EUROSTAT-Daten der Europäischen Union verwendet. Deren Erkenntnisse dienen als wichtige Referenz, um die frauenspezifischen Entwicklungen auch ‚kleinmaßstäblich‘ auf kommunaler Ebene bewerten zu können. Der Vergleichbarkeit wegen wurden die Befragungsdaten der ‚Heidelberg Studien‘ entlang der Erhebungssystematik dieser amtlichen Statistiken eigens aufbereitet. Darüber hinaus wurden Ergebnisse aus wissenschaftlichen Untersuchungen einbezogen und mit den Heidelberger Befunden verglichen.

Kurzfassung

Die Situation in Heidelberg ist im Vergleich in vielerlei Hinsicht atypisch. Die Stadt gilt als besonders kinderarm, die Bevölkerung ist überdurchschnittlich gebildet, die Frauen bekommen Kinder in einem höheren Lebensalter als im Landesdurchschnitt und mehr Frauen als auf Landesebene gehen einer Vollzeitbeschäftigung nach. Andererseits bewegt sich die hiesige Entwicklung durchaus innerhalb der allgemeinen Trends, wie in den folgenden Abschnitten zusammengefasst:

- Bildung
- Erwerbstätigkeit
- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Mitsprache und Einflussnahme
- Sicherheit und Gewaltfreiheit
- Lebensformen
- Fazit

Bildung

Der Bildungsgrad der Heidelberger Frauen ist im nationalen wie internationalen Vergleich herausragend. Die Frauen in der aktiven Altersgruppe zwischen 25 und 49 Jahren haben in den letzten Jahren zunehmend eine berufliche Ausbildung – sei es eine abgeschlossene Lehre, sei es einen Hochschulabschluss – absolviert. Bei den hochqualifizierten Bildungsabschlüssen ziehen die 25- bis 49-jährigen Heidelbergerinnen mit Finnland (48 Prozent beziehungsweise 43 Prozent) gleich, während der Bundesdurchschnitt im europäischen Vergleich mit 21 Prozent am unteren Ende der Skala liegt.

Trotz des kontinuierlichen Anstiegs bei den hochqualifizierten Bildungs- und Berufsausbildungsabschlüssen bleibt der Abstand zu den Männern weiterhin bestehen, wenngleich er sich in den letzten zehn Jahren deutlich verringert hat. Ein Gleichstand zwischen den Geschlechtern ist beim Bildungsabschluss der Lehre erreicht worden, bei der mittleren Reife überwiegen Frauen inzwischen.

► Gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf im Bereich Bildung

Chancengleichheit von Frauen und Männern im Bildungsbereich scheint nach der allgemeinen aktuellen Berichterstattung vor allen Dingen zu heißen, sich den Bildungsproblemen von Jungen zu stellen. Doch trotz des enormen Aufholprozesses von Frauen dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass bei den hochqualifizierten Bildungs- und Berufsausbildungsabschlüssen der Angleichungsprozess zwischen Frauen und Männern noch nicht gelungen ist. Es wird außerdem sehr darauf zu achten sein, dass auch die Migrantinnen und Migranten ihre Möglichkeiten nutzen können. Beunruhigend ist der Nachweis auf Bundesebene, wonach die Situation von MigrantInnen im Bildungsbereich generell schlechter als die der Deutschen sei. Wobei zumindest Migrantinnen bessere Schulnoten erzielten als Migranten, doch ohne dass sich dies in beruflichen Abschlüssen widerspiegeln würde.⁴

⁴ FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf, S. 59

Zunehmend wichtiger – nicht zuletzt zur Überwindung der im europäischen Vergleich anachronistischen geschlechtsspezifischen Fächerwahl – wird die Verbreitung einer Pädagogik, die sich konsequenter und fächerübergreifend am Abbau von Geschlechtsrollenklischees beteiligt. Ein Beitrag zum Abbau von Geschlechtsrollenklischees wäre außerdem die Überwindung der Unterrepräsentanz von Männern in Kindertagesstätten und den Schulbereichen für die jüngeren Schulkinder.

Grundsätzlich bleibt in allen Bildungskontexten die politische Verantwortung für die gleiche Teilhabe an den Möglichkeiten unseres Bildungssystems bestehen. Um die Ergebnisse dieses Engagements messen zu können, bedarf es einer entsprechenden systematischen geschlechtsdifferenzierten Datenerhebung.

Erwerbstätigkeit

Frauen haben ihren Zugang zum Arbeitsmarkt verbessert, Heidelberg unterscheidet sich teilweise positiv von Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene, doch die klassischen Strukturprobleme bleiben bestehen. Generell hat die Erwerbsquote von Frauen in den letzten Jahren in allen westlichen Industriestaaten zugenommen. In Baden-Württemberg stieg sie bei den 15- bis 64-jährigen Frauen 2005 auf 49 Prozent. In Heidelberg liegt sie traditionell höher. So waren 2003 in der Altersgruppe zwischen 18 und 60 Jahren 62 Prozent der Frauen am Erwerbsleben beteiligt, aber immer noch deutlich weniger als Männer mit einem Anteil von 80 Prozent. Für die Beschäftigungsquote beziehungsweise Erwerbstätigenquote gilt Ähnliches. Die Beschäftigungsquote bringt den tatsächlichen Umfang der Erwerbstätigkeit (ohne Erwerbslose) zum Ausdruck und wird häufig bei nationalen und internationalen Vergleichen verwendet. In der Altersgruppe der 18- bis 60-Jährigen ist die Beschäftigungsquote der Heidelberger Männer 2003 mit 72 Prozent ebenfalls höher als die der Frauen mit 58 Prozent. Damit entspricht die Beschäftigungsrate beider Geschlechter ziemlich exakt dem bundesweiten Durchschnitt.

Doch sind steigende Beschäftigtenquoten bei Frauen nicht unbedingt ein Maßstab für die gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbsgesellschaft. Die positive Entwicklung bei der Frauenerwerbstätigkeit ist in erster Linie der enormen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zu verdanken. Das gilt besonders für Baden-Württemberg, das auch international eine überdurchschnittlich hohe Teilzeitquote bei Frauen aufweist. Generell gehört Deutschland in der EU zu den Ländern, in denen überproportional viele Frauen eine Teilzeitstelle innehaben.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg dokumentiert für den Zeitraum zwischen 1980 und 2005 bei Frauen eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung von 31 auf 49 Prozent. Dem steht ein Rückgang an Vollzeitbeschäftigung gegenüber, nämlich von 69 auf 51 Prozent. Diesem Trend konnte sich auch Heidelberg nicht entziehen. Aber im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 51 Prozent gehen in Heidelberg 2003 immerhin noch 61 Prozent der Frauen einer Vollzeitbeschäftigung nach.

Auch bei vorhandenen Kindern ist der Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen in Heidelberg mit 58 Prozent niedriger als im Landesdurchschnitt (69 Prozent) und der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen mit Kindern höher. Grundsätzlich jedoch lässt sich auch bei Frauen ohne Kinder sowohl in Heidelberg als auch auf Landes- und Bundesebene eine steigende Teilzeitquote beobachten; ein Indiz dafür, dass der Mangel an Arbeitsplätzen in erster Linie zu Lasten der Vollzeitbeschäftigung von Frauen geht.

Die ausgeprägte Tendenz hin zur Teilzeitbeschäftigung bei Frauen spiegelt sich auch im Arbeitsvolumen wider, dem Maß der für Arbeit aufgewendeten Zeit. Danach tragen Frauen nur mit rund 38 Prozent, Männer dagegen mit 62 Prozent zum bezahlten Arbeitsvolumen bei, und zwar in Heidelberg wie bundesweit.

Trotz der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit sind Frauen, gemessen an ihrem Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung, in Führungspositionen nach wie unterrepräsentiert. In Baden-Württemberg hatten Frauen 2004 einen Anteil von 44,8 Prozent an den Erwerbstätigen, waren aber an den leitenden Positionen nur mit 18 Prozent beteiligt. Besonders betroffen sind die 30- bis 49-jährigen Frauen, die Altersspanne, in die die Erziehung von Kindern fällt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellt hierzu fest, dass insbesondere Mütter deutlich benachteiligt sind sowie Frauen in Teilzeitbeschäftigung (die häufig Mütter sind). Dieser Zusammenhang lässt sich auch für Heidelberg belegen. Die Mehrheit der Frauen in einer gehobenen beziehungsweise leitenden beruflichen Position arbeitet in Vollzeit.

Die Konzentration bei Frauen auf wenige, vorwiegend schlechter bezahlte Berufe (60 Prozent aller Frauen sind in weniger als zehn Beschäftigungsgruppen tätig, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Erziehung, Verwaltung und Einzelhandel⁵), ihre Unterrepräsentanz in Führungspositionen, ihre Überrepräsentanz bei Teilzeitstellen und ihre diskontinuierlichen Erwerbsverläufe sind in hohem Maße ausschlaggebend für ein erhebliches Entgeltgefälle zwischen Frauen und Männern, das deutschlandweit auf rund ein Viertel zuungunsten von Frauen veranschlagt wird.⁶

► Gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf

Nach wie vor steht auf der politischen Tagesordnung, die gleiche Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben zu stärken. Bei allem, was schon erfolgreich geleistet wurde, geht es um die Erhöhung des Anteils von Frauen an bezahlter Arbeit überhaupt, um die Verbesserung des Anteils von Frauen mit und ohne Kinder in Spitzen- und Führungspositionen, um gleiches Geld für gleichwertige Leistungen im Geschlechtervergleich, um die Steigerung der Repräsentanz von Mädchen und Jungen in den jeweils untypischen Berufen, um ein professionelles Management von Elternzeit, um familienfreundliche Arbeitszeitflexibilisierung, um eine Erhöhung des Kinderbetreuungsanteils bei Männern und um die betriebliche Unterstützung von Familien. AdressatIn ist dabei nicht allein der öffentliche Dienst, sondern auch die private Wirtschaft.

Vereinbarkeit Familie und Beruf

OECD-Studien zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umso besser gelingt, je besser die Kinderbetreuung für Kleinkinder unter drei Jahren organisiert ist und je geringer die Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt und insbesondere zu qualifizierten (und gut bezahlten) beruflichen Positionen sind.

Besonders die skandinavischen Staaten erfüllen die Anforderungen an eine umfassende Kinderbetreuung besser als Länder in vergleichbarer ökonomischer und sozialer Ausgangslage. Deswegen ist die Vollzeitbeschäftigung von Frauen etwa in Schweden oder

⁵ Bundesarbeitsblatt 8/9-2006, Seite 11

⁶ ebenda Seite 10

Finnland stärker verbreitet als in den übrigen EU-Mitgliedsländern und gleichzeitig auch die Geburtenrate höher als anderswo. Das Thema Kinderbetreuung hat auch bei den Heidelbergerinnen zumal in der Altersgruppe bis 34 Jahre eine herausragende Bedeutung. Zwei Drittel der Frauen in dieser Alterskategorie erwarten hierzu ein eindeutiges Engagement der Stadt.

Das Beispiel der oben genannten Länder zeigt aber auch, dass die Optimierung der Kinderbetreuung allein nicht ausreicht, eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Die gleiche Teilhabe der Geschlechter am Erwerbsleben muss auch mit Chancengleichheit bei der Erlangung von beruflichen Positionen und Dotationen einhergehen. Als Indikator für eine so verstandene Chancengleichheit lässt sich offenbar der Anteil von Frauen in technisch-/naturwissenschaftlichen Berufen beziehungsweise Studiengängen interpretieren. Schweden und Frankreich sind Länder, in denen sich junge Frauen häufiger als anderswo in diesen Fächern einschreiben und technische Berufe ergreifen. Gleichzeitig weisen beide Länder hohe Geburtenraten auf und verfügen über eine gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur für (Klein-)Kinder.

► Gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf

Die ungleiche Beanspruchung von Frauen und Männern in der Familie bleibt eine wesentliche Quelle für die unzureichende Einlösung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Sie schlägt sich individuell nieder in einem geschlechtsspezifischen Entgeltgefälle, in dessen Folge weniger Frauen ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten können als Männer. Diese geschlechtsspezifische Kultur schlägt darüber hinaus auch volkswirtschaftlich zu Buche: Einerseits in staatlichen Transferleistungen in Notsituationen beziehungsweise bei Altersarmut und andererseits durch den Verzicht auf die Beiträge der vielen hervorragend ausgebildeten Frauen, die dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt beziehungsweise in hohem Maße gar nicht mehr zur Verfügung stehen.

Vorteilhafte Rahmenbedingungen für eine leistbare Vereinbarkeit nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer sind:

- familienfreundliche Arbeitszeiten;
- Angebote an Mütter und Väter, den Arbeitsumfang der familiären Situation anzupassen;
- gleiche Entlohnung und gleiche Aufstiegschancen im Betrieb;
- Anreize für Frauen mit Kindern, im Erwerbsleben zu bleiben beziehungsweise möglichst schnell wieder zurückzukehren;
- Anreize für Väter, ihre Arbeitszeit zugunsten der Familienzeiten zu reduzieren;
- Regelungen zur Elternzeit mit Rückkehrgarantien und einen eigenen Anspruch für Väter;
- die individuelle Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Eltern;
- ein breites Kinderbetreuungsangebot für alle Altersgruppen.

Diese Rahmenbedingungen bedarfsgerecht auszubauen wird die zukünftige Herausforderung sein. AdressatInnen sind auch hier nicht allein die Kommune und der öffentliche Dienst, sondern ebenso die private Wirtschaft. Darüber hinaus wirken sich die Herausforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf alle übrigen kommunalen Verantwortungszusammenhänge aus und müssen jeweils fachspezifisch bearbeitet werden.

Mitsprache und Einflussnahme

Wenn auch von einer Repräsentation der Frauen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils keine Rede sein kann, so bewegen wir uns in Heidelberg – mit einem Frauenanteil von 33 Prozent an allen politischen Haupt- und Ehrenämtern und einer Vertretung von Frauen im Gemeinderat zu 40 Prozent – im Bundesvergleich auf einem mittleren und zum Teil überdurchschnittlichen Niveau der Gleichstellung von Frauen und Männern.

► Gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf

Bei allem, was erreicht worden ist, bleibt die politische Verantwortung für die Verwirklichung von gleichem Einfluss und gleicher Mitsprache für Frauen und Männer dennoch bestehen. Die zu beantwortenden Schlüsselfragen bei allen wichtigen Entscheidungen heißen in diesem Zusammenhang:

- Welche proaktiven Beiträge werden zur Beteiligung von Frauen – sei es als Beschäftigte, Bürgerin, Expertin, Politikerin oder Lobbyistin – bei wichtigen Entscheidungen erbracht?
- Was wird getan, um Personen mit familiären Verpflichtungen nicht bei ihrer Wahrnehmung von Mitspracherechten zu übergehen?
- Welche Beiträge werden zur ausgewogenen Repräsentanz von Frauen und Männern in Schlüsselfunktionen geleistet?
- Welche Beiträge werden zur Stärkung der aktiven und passiven Wahlbeteiligung von Frauen geleistet?

Sicherheit und Gewaltfreiheit

Im Vergleich zu anderen deutschen Städten kann Heidelberg als eine relativ sichere Stadt bezeichnet werden. Im baden-württembergischen Vergleich lag Heidelberg 2005 gemessen an der Häufigkeitszahl (registrierte Straftaten pro 100.000 EinwohnerInnen und Jahr) auf einem guten sechsten Platz.⁷ Wir wissen, dass ein Drittel der Frauen und zwei Drittel der Männer sich sicher fühlen, wenn sie nachts in Heidelberg unterwegs sind. Wir können belegen, dass das Vertrauen in die neuen Angebote zum Platzverweiserfahren bei Gewalt in nahen Beziehungen in den letzten Jahren gewachsen ist und die Bereitschaft bei Frauen und Männern zugenommen hat, sich helfen zu lassen, um aus Gewaltbeziehungen herauszukommen.

► Gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf

Die guten Erfolge einer konsequenten Verbesserung der Sicherheit von Frauen heben die politische Verantwortung für den Schutz der psychischen und physischen Integrität von Frauen und Männern im öffentlichen Raum, in öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise Institutionen, am Arbeitsplatz und im privaten Raum nicht auf. Die Schlüsselfrage heißt in diesem Zusammenhang in allen Verantwortungsbereichen:

- Mit welchen Beiträgen können wir die Prävention von Gewalt zwischen Männern und Frauen im privaten und im öffentlichen Raum wirkungsvoller machen?

⁷ Rhein-Neckar-Zeitung 7. April 2006

Lebensformen

In Heidelberg sind die Frauen deutlich älter bei der Geburt von Kindern als anderswo. Fast zwei Drittel der Geburten entfallen auf die Altersgruppe der 30- bis 39-jährigen Frauen. Im Vergleich hierzu sind es in Baden-Württemberg nur 52 und im bundesdeutschen Durchschnitt 48 Prozent. In Heidelberg hat sich zudem der Anteil der Geburten bei Frauen über 40 Jahren zwischen 1991 und 2004 verdreifacht.

2003 waren 37 Prozent der Frauen und 41 Prozent der Männer ledig. Bundesweit trifft dies nur auf 19 Prozent der Frauen und 27 Prozent der Männer zu. Der Familienstand variiert mit den Bildungsabschlüssen. Er ist, bedingt auch durch den hohen Studentinnenanteil, bei den Heidelbergerinnen mit hohen Bildungsabschlüssen besonders ausgeprägt, 2003 machen sie 72 Prozent der ledigen Frauen aus. Allerdings nimmt auch der Ledigenanteil bei Frauen mit mittleren und niedrigen Bildungsabschlüssen stetig zu.

Der Anteil lediger Frauen ist besonders hoch in der Altersgruppe der 25- bis 49-Jährigen. Generell sind unverheiratete Frauen in dieser Altersgruppe in solchen Ländern besonders hoch, die auch einen hohen Anteil hochqualifizierter Frauen vorzuweisen haben, wie der internationale Vergleich zeigt. Von daher ist Heidelberg vergleichbar etwa mit Schweden, das mit 44 Prozent einen besonders hohen Ledigenanteil bei Frauen zwischen 25 und 49 Jahren vorzuweisen hat.

Andererseits ist zwischen 1997 und 2003 der Anteil von Frauen mit Abitur und/oder Hochschulabschluss an den Verheirateten gestiegen. In Anbetracht neuerer Erkenntnisse, dass der Wunsch nach formaler Bindung, und das heißt eben ehelicher Beziehung, bei der jüngeren Generation zunimmt, ist der Trend hin zu Kindern nicht unwahrscheinlich. Dem scheint die Entwicklung hinsichtlich des Zusammenlebens mit Kindern zu entsprechen. 1997 hatten in der Altersgruppe der 25- bis 49-jährigen Frauen mit Realschulabschluss 48 Prozent Kinder unter 18 Jahren, 2003 waren es bereits 55 Prozent. Auch bei den Frauen mit abgeschlossenem Studium nahm der Anteil der Haushalte mit Kindern zu, nämlich von 44 Prozent im Jahr 1997 auf 49 Prozent im Jahr 2003, während er bei Frauen mit niedriger Schulbildung ständig zurückgeht. Dies korrespondiert mit den Befunden des Statistischen Landesamts, dass die Menschen in Baden-Württemberg umso häufiger verheiratet sind und Kinder haben, je höher ihr formaler Bildungsstatus ist.

► Gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf

Der gleichstellungspolitische Handlungsbedarf ergibt sich aus der Anforderung nach Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit unabhängig von der gewählten Lebensform. Die kontextbezogenen in allen Verantwortungsbereichen zu beantwortenden Schlüsselfragen in diesem Zusammenhang heißen: Wie erreichen wir, dass

- keine Person in ihrer Würde herabgesetzt wird,
- niemand wegen des Geschlechtes eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person in vergleichbarer Situation (es sei denn, dies ist rechtmäßig),
- dem Anschein nach neutrale Vorgehensweise Personen nicht gegenüber anderen benachteiligen,
- Frauen im Falle einer Schwangerschaft nicht benachteiligt werden.

Das Phänomen Verschiebung von Geburten in eine spätere Lebensphase thematisiert Kinderlosigkeit von Akademikerinnen nicht nur als Ausdruck ‚verpasster Gelegenheiten‘, sondern erweitert die Debatte über die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ um den Aspekt der „Vereinbarkeit von Familie und Bildung“.

Fazit

In allen oben genannten Handlungsfeldern ist ein gleichstellungspolitisches Profil erarbeitet worden⁸. Auf der Grundlage der aktuell verfügbaren Daten lässt sich durchaus sagen, dass positive Auswirkungen des gleichstellungspolitischen Engagements im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der politischen Mitsprache und der Sicherheit für Frauen und Männer zu erkennen sind. Um auch die anderen Bereiche abzudecken und um dauerhaften Erfolg zu haben, ist es notwendig, die Anstrengungen zu intensivieren.

Das beginnt bei den Datengrundlagen: Eine konsequente geschlechterdifferenzierte Datenerhebung erlaubt den Aufbau eines datengestützten Monitorings, um den Erfolg des politischen Engagements zu überprüfen. Verbindliche Vereinbarungen über solche in Zukunft regelmäßig fächerübergreifend zu erhebende Daten helfen – in Verbindung mit einer regelmäßigen Berichterstattung in einem Mindestabstand von drei Jahren – die erforderlichen Schritte zu gehen, um den Gleichstellungsprozess weiterhin erfolgreich zu beschleunigen. Der hier vorgelegte Bericht liefert dafür die Grundlage.

Deutlich wird auch, wie sehr Chancengleichheit von Frauen und Männern zum Standortvorteil im Wettbewerb der Kommunen wird. Auch darum sollten die Ergebnisse des Datenreports ausführlich in den Ämtern und Fachbereichen der Stadtverwaltung erörtert und zur Grundlage von gleichstellungspolitischen Zielvereinbarungen für die nächsten Haushaltsjahre in den jeweiligen Verantwortungsbereichen werden. Gezielte Initiativen für Geschlechtergerechtigkeit in allen Fachämtern der Stadtverwaltung sind genauso wichtig wie eine verstärkte Einbeziehung aller wesentlichen kommunalen Akteure und Akteurinnen. Über die Art der Zielvereinbarungen und deren Einhaltung sollte noch konsequenter als bisher in den jährlichen Haushaltsberichterstattungen der Ämter informiert werden.

Rahmenbedingungen, um das schon bestehende, aber auch das zukünftige Engagement sichtbarer zu machen, sind unter anderem im Internetformat der Stadt Heidelberg auf der Homepage des Amtes für Gleichstellung gegeben. Dokumentiert werden hier Good practice des gleichstellungspolitischen Engagements sowohl von Menschen in Heidelberg als auch von den Beschäftigten bei der Stadtverwaltung Heidelberg.

⁸ Über den Stand der Projekte in den zahlreichen Handlungsfeldern informiert die Homepage des Gleichstellungsamtes hier: <http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1155072/index.html>

Bildung

• Einführung	13
• Bildungsanstieg	13
• Überdurchschnittliches Bildungsniveau in Heidelberg	15
• Geschlechtsspezifische Fächerwahl	16
• Fazit	19

Einführung

Gleiche Teilhabe an Bildungschancen gewinnt unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung und Technisierung fundamental an Bedeutung. Die Qualität von Bildung und Ausbildung der Beschäftigten wird künftig über die Platzierung im internationalen Wettbewerb entscheiden. Hiervon hängt auch die Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft ab und die Frage, wie sie mit künftigen Problemen des Zusammenlebens umgehen wird.

Bildungsanstieg



Das allgemeine Bildungsniveau ist in Europa und auch in Deutschland gestiegen. In den letzten 20 Jahren ist dies in hohem Maße dem Aufholprozess der Frauen zu verdanken.

Bei den allgemeinen wie den berufsbezogenen Bildungsabschlüssen hat sich das Niveau zwischen den Geschlechtern inzwischen in einem Umfang angeglichen, der den jungen Frauen zwischen 20 und 30 Jahren sogar teilweise einen Vorsprung vor den Männern verschafft hat.



So hatten in Deutschland 2004 rund 41 Prozent der 25- bis 35-jährigen Frauen und rund 38 Prozent der gleichaltrigen Männer ihre Schulausbildung mit der Hochschulreife abgeschlossen.⁹ Auch hier hat sich das berufliche Bildungsniveau stark angeglichen. 2004 hatten rund 17 Prozent der 30- bis 35-jährigen Frauen und 19 Prozent der gleichaltrigen Männer einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss.



2003 erreichten in Baden-Württemberg 24 Prozent der jungen Frauen, aber nur 20 Prozent der jungen Männer die Studienberechtigung¹⁰. Allerdings begannen anschließend relativ mehr Männer als Frauen ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität. Dennoch sind Frauen bereits im Prüfungsjahr 2005 zu 48 Prozent an den erfolgreich absolvierten Abschlussprüfungen im Erststudium, mit 37 Prozent an den Aufbaustudien und den Promotionen beteiligt¹¹. Auch beim Realschulabschluss waren mehr Mädchen (40 Prozent) als Jungen (36 Prozent) erfolgreich.

⁹ FrauenDatenreport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung; Frauen in Deutschland 2006,

¹⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistik aktuell, Bildung in Baden-Württemberg, Stuttgart 2005

¹¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hochschulabsolventen in Baden-Württemberg im Prüfungsjahr 2005

Der Anteil der Frauen mit einer beruflich qualifizierenden Ausbildung übertrifft inzwischen den der Männer. 1975 verfügten 57 Prozent der beschäftigten Männer, aber nur 43 Prozent der beschäftigten Frauen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, inzwischen haben sich die Verhältnisse gravierend verändert: Jetzt haben 57 Prozent der Frauen und nur noch 50 Prozent der Männer einen Abschluss¹².



Auch die Heidelbergerinnen haben vom Aufholprozess der Frauen bei Bildung und Ausbildung profitiert, freilich von einem höheren Ausgangsniveau aus:

Tabelle 1: Bildungsabschlüsse der über 20-Jährigen 1994 bis 2003 in Prozent

Abschluss	1994		1997		2000		2003	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
keinen	0,0	0,3	0,2	0,6	0,5	0,9	0,4	0,9
Hauptschule	27,5	26,8	22,7	25,4	18,2	22,2	23,1	24,5
mittlere Reife / Sekundarstufe I	18,7	23,7	12,8	23,7	16,8	24,2	18,5	22,8
Abitur / Hoch- schulreife	53,9	49,2	64,3	50,3	64,4	52,7	58,1	51,8

Quelle: Heidelberg Studien 1994, 1997, 2000 und 2003; eigene Berechnungen



Trotz aller Fortschritte befindet der aktuelle Bildungsbericht der Ständigen Konferenz der Kultusminister, dass der Anteil der deutschen 25- bis 30-Jährigen zumal im Tertiärbereich¹³ im internationalen Vergleich immer noch auf relativ niedrigem Niveau verharrt¹⁴. Das ist nicht überraschend, denn: „Fast überall in der Europäischen Union studieren an den Hochschulen mehr Frauen als Männer. Deutschland ist die einzige Ausnahme.“¹⁵



Für die Heidelberger Universität gilt dieser Befund allerdings nicht, mit 57 Prozent liegt sie im Wintersemester 2004/2005 noch über dem Europa-Durchschnitt (von den insgesamt 27.243 Studierenden waren 15.565¹⁶ weiblich). Im Prüfungsjahr 2005 (Wintersemester 2005/06 plus Sommersemester 2006) lag der Frauenanteil bei den bestandenen Prüfungen an allen Heidelberger Hochschulen bei 58 Prozent¹⁷.

¹² Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Seite 112

¹³ Die tertiäre Bildungsstufe umfasst die allgemeine und fachbezogene Hochschulreife sowie den Abschluss eines Hochschulstudiums.

¹⁴ Vergleiche hierzu Konsortium Bildungsberichterstattung (Herausgeber), Bildung in Deutschland. Ein indikatorgestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2006, Seiten 29f.

¹⁵ Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2005, Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2005, Seite 101.

¹⁶ Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik Statistisches Jahrbuch 2004, Heidelberg

¹⁷ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bestandene Prüfungen an den Hochschulen in Heidelberg im Prüfungsjahr 2005 und 2000



Obwohl die Frauen in Deutschland hinsichtlich der Bildungsabschlüsse in den letzten Jahren enorm aufgeholt haben, ist der Anteil hochqualifizierter Frauen im internationalen Vergleich dennoch nicht nennenswert gestiegen. An der Spitze der ISCED-Skala (**I**nternational **S**tandard **C**lassification of **E**ducation, beziehungsweise Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens) liegt in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen unangefochten Finnland, wo jede zweite Frau im Hinblick auf Bildung und Ausbildung zu den Hochqualifizierten zählt. (Die herausragende Position Finnlands in Sachen PISA dürfte demnach vor allem dem Bildungsaufstieg der weiblichen Bevölkerung zu verdanken sein.)

Auch in Frankreich sind weibliche Absolventen bei den Hochschulabschlüssen führend. In Deutschland und Österreich dagegen verfügen deutlich weniger Frauen als Männer über akademische beziehungsweise vergleichbare Bildungsgrade¹⁸. Vergleicht man nur die Frauenanteile in der höchsten ISCED-Kategorie miteinander, dann zeigt sich, dass Deutschland mit einem Anteil von 22 Prozent eher am unteren Ende rangiert. Das heißt, dass hierzulande nur rund ein Fünftel der 30- bis 39-jährigen Frauen ein Studium absolviert hat.

Überdurchschnittliches Bildungsniveau in Heidelberg



In Heidelberg dominieren eher atypische Bildungsmuster, nämlich nicht die mittleren, sondern die höheren Bildungsabschlüsse. Das gilt für beide Geschlechter. Der Anteil der SchülerInnen, die auf das Gymnasium wechseln, ist mit 56 Prozent in Heidelberg so hoch wie in keinem anderen Stadt- oder Landkreis in Baden-Württemberg¹⁹.

Tabelle 2: Berufliche Ausbildung beziehungsweise Hochschulabschluss nach Geschlecht (in Prozent)

Abschluss	Heidelberg*				Baden-Württemberg**	
	1997		2003		2005	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Lehre	41,3	39,8	45,1	43,7	47,0	47,0
Fachhochschule / Hochschule	37,4	22,5	35,8	27,5	15,0	8,0

*) Bevölkerung ab 18 Jahren

***) Bevölkerung ab 15 Jahren

Quellen: Heidelberg Studien 1997 und 2003; eigene Berechnungen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Ergebnisse des Mikrozensus, Stuttgart 2006

Besonders hoch ist der Anteil an (Fach-)HochschulabsolventInnen in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen. Für das Jahr 2000 ermittelte die Befragung im Rahmen der Heidelberg Studien einen Anteil von 38 Prozent der Frauen und 61 Prozent der Männer mit Hochschulabschluss. Im Landesdurchschnitt dagegen verfügten, so die Ergebnisse des Mikrozensus für 2000, lediglich 11 Prozent der Frauen und 17 Prozent der Männer über diese berufliche Qualifikation²⁰. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt haben 2003 mehr als doppelt soviel Heidelberger Männer einen Hochschulabschluss. Bei den Frauen aller

¹⁸ Die nachfolgenden Zuordnungen sind dem ZUMA-Methodenbericht 2006/08 entnommen. Vergleiche Julia H. Schroedter et al., Die Umsetzung der Bildungsskala ISCED-97 für die Volkszählung 1970, die Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 und die Mikrozensus 1976-2004 (Version 1), Mannheim 2006, Seiten 16ff.

¹⁹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Schulische Bildung in Baden-Württemberg, Stuttgart 2006

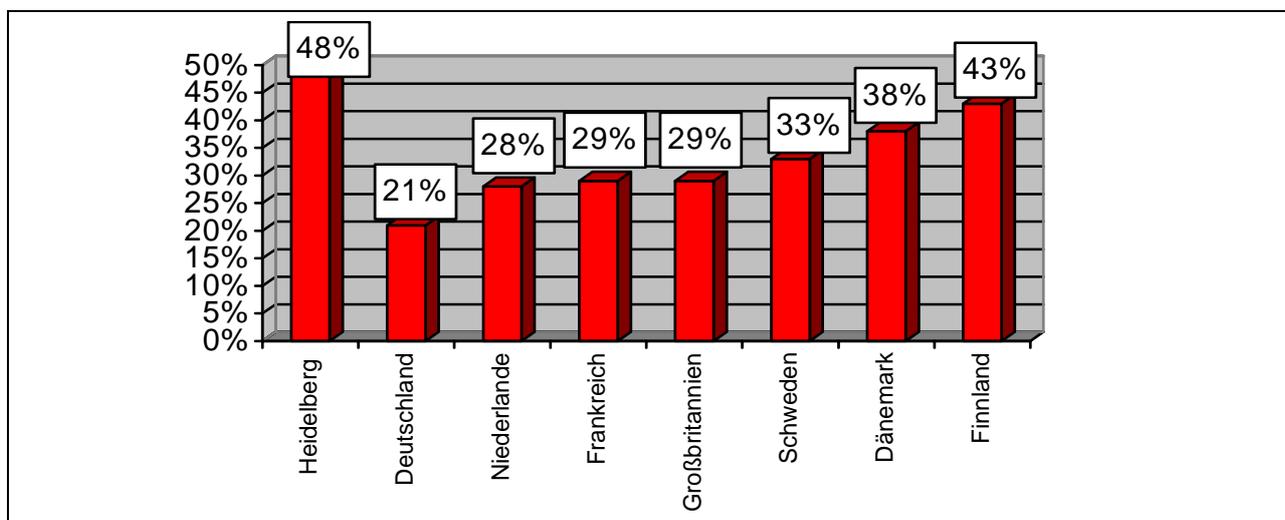
²⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Altersgruppen verfügen mit 27,5 Prozent sogar dreimal soviel über einen Fachhochschul- beziehungsweise Universitätsabschluss. Allerdings bleibt der Abstand zwischen den Geschlechtern – genau wie auf Landesebene – jeweils bestehen.



Hinsichtlich des Bildungsstands und der Ausbildungsabschlüsse der Frauen steht Heidelberg im internationalen Vergleich an der Spitze. Gemessen an der Skala des ISCED-97 liegt der Anteil der Frauen, die über hohe Bildungsabschlüsse beziehungsweise berufliche Qualifikationen (Hochschulreife, abgeschlossenes Studium) verfügen, in der Altersgruppe der 25- bis 49-jährigen Frauen am oberen Ende, mit einem Anteil von 48 Prozent sogar noch vor dem europäischen Spitzenreiter Finnland.

Grafik 1: Anteil der 25- bis 49-jährigen Frauen mit hoher beruflicher Qualifikation beziehungsweise hohem Bildungsabschluss in Heidelberg und ausgewählten EU-Staaten 2003



Quellen: Heidelberg Studien 2003; eigene Berechnungen und EUROSTAT; eigene Berechnungen

Geschlechtsspezifische Fächerwahl



Schulleistungsstudien in Deutschland bescheinigen Mädchen bessere Leseleistungen als Jungen und Jungen bessere Leistungen in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern. Nicht im mittleren und einfachen Leistungsspektrum, aber bei den Spitzenleistungen.²¹ Bemerkenswert: Die Differenz in mathematischen Leistungen zwischen Mädchen und Jungen fiel nicht einmal halb so groß aus wie die festgestellte Differenz bei der deutlich besseren Lesekompetenz der Mädchen.²²

Belegt ist auch, dass die Selbsteinschätzung von Mädchen besonders in den Lernbereichen Mathematik, Physik, Chemie, Technik und Computernutzung geringer ist als die der Jungen und das selbst in Fällen, in denen gleichzeitige Leistungsmessungen keine Geschlechterdifferenz erkennen lassen.²³

²¹ Jürgen Baumert, Gundel Schümer 2001, in Pisa 2000, Seite 399

²² Waltraud Cornelißen, Monika Stürzer, Henrike Roisch, Annette Hunze, 2003, Dreißig Jahre Forschung zu Geschlechterverhältnissen in der Schule – Versuch einer Bilanz, in derselben: Geschlechterverhältnisse in der Schule, Opladen

²³ Waltraud Cornelißen, 2004, in Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Seite 132

Für beides, Lesekompetenz und mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen, gilt, dass schon in der Grundschule vorhandene Differenzen in den Leistungen sich in der Sekundarstufe I und II verstärken.²⁴



Diese Beobachtungen korrespondieren mit den Ergebnissen zur Fächerwahl bei Ausbildungen im europäischen Vergleich.

In Ländern wie Schweden und Finnland ist nicht nur der Anteil hochqualifizierter Frauen besonders hoch, sondern auch die Quote von Studentinnen, die sich in naturwissenschaftlich-technischen Fächern eingeschrieben haben. In Finnland und Schweden waren weibliche Studierende 2005 mit einer Quote von über 40 Prozent in den Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik vertreten²⁵. Die Werte für Deutschland und Österreich lagen in diesem Zeitraum nur zwischen 30 Prozent und 35 Prozent. Offenbar weisen Deutschland wie Österreich kulturelle Gemeinsamkeiten auf, was die Konservierung traditioneller Frauenbilder und die Abneigung von Frauen gegen alles ‚Technische‘ betrifft.



Für Deutschland gilt: Frauen konzentrieren sich auf soziale Berufsfelder und Dienstleistungsberufe, Männer dagegen auf technische und Handwerksberufe. Nur bei den kaufmännischen Berufen besteht zwischen den Geschlechtern ein ausgeglichenes Verhältnis.²⁶ Im Bereich der Hochschulausbildung bleiben Geschlechterdifferenzen bei der Fächerwahl relativ konstant. (Sprach- und Kulturwissenschaften 69 Prozent Frauenanteil, Lehramt 74 Prozent Frauenanteil; Mathematik und Naturwissenschaften 64 Prozent Männeranteil, Ingenieurwissenschaften 79 Prozent Männeranteil.)²⁷

Wie das Statistische Bundesamt anlässlich des ‚Girls‘ Day‘ 2005 mitteilte, ist bei den deutschen Studentinnen mittelfristig keine Trendwende bei der Fächerwahl zu erwarten²⁸.



Im Prüfungsjahr 2005 lassen sich diese Phänomene in Baden-Württemberg ebenfalls nachweisen, zum Beispiel bei den abgeschlossenen Universitäts-Diplomstudiengängen.

²⁴ ebenda

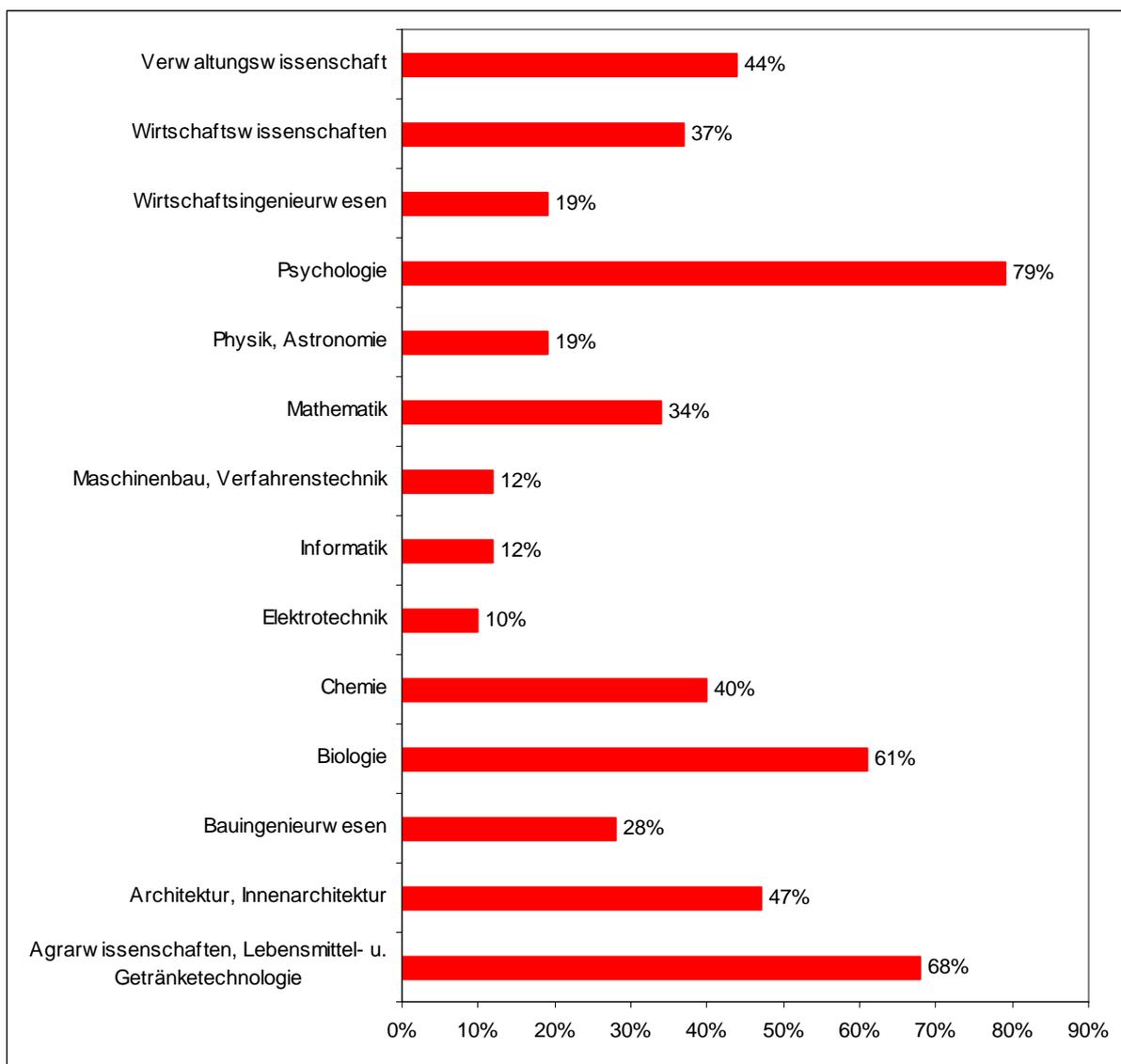
²⁵ Europa in Zahlen – EUROSTAT Jahrbuch 2005, Luxemburg 2005, Seite 101

²⁶ FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf, Seite 59

²⁷ FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf, Seite 60

²⁸ Statistisches Bundesamt, nach wie vor studieren wenige Frauen Natur- und Ingenieurwissenschaften, Zahl der Woche vom 28. April 2005

Grafik 2: Frauenanteil an den in Baden-Württemberg im Prüfungsjahr 2005 erfolgreich absolvierten Universitäts-Diplom-Prüfungen²⁹



²⁹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hochschulabsolventen in Baden-Württemberg im Prüfungsjahr 2005 nach ausgewählten Prüfungsgruppen, Prüfungen, Fächergruppen und Studienbereichen.

Fazit



Der Bildungsgrad der Heidelberger Frauen ist im nationalen wie internationalen Vergleich herausragend. Frauen in der aktiven Altersgruppe zwischen 25 und 49 Jahren haben in den letzten Jahren zunehmend eine berufliche Ausbildung – sei es eine abgeschlossene Lehre, sei es einen Hochschulabschluss – absolviert. Bei den hochqualifizierten Bildungsabschlüssen ist ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen und die 25- bis 49-jährigen Heidelbergerinnen ziehen mit Finnland (48 beziehungsweise 43 Prozent) gleich, während der Bundesdurchschnitt im europäischen Vergleich mit 21 Prozent am unteren Ende der Skala liegt.

Trotz des kontinuierlichen Anstiegs bei den hochqualifizierten Bildungs- und Berufsausbildungsabschlüssen bleibt der Abstand zu den Männern weiterhin bestehen, wenngleich er sich in den letzten 10 Jahren deutlich verringert hat. Ein Gleichstand zwischen den Geschlechtern ist beim Bildungsabschluss der Lehre erreicht worden, bei der mittleren Reife überwiegen Frauen inzwischen.

Die aktuelle Shell Jugendstudie 2006 belegt, dass der enorme Bildungsanstieg bei Frauen auch von den nachwachsenden fortgesetzt wird. Auch sie streben zukünftig höherwertige Bildungsabschlüsse an. Es wird sehr darauf zu achten sein, dass auch die Migrantinnen und Migranten ihre Möglichkeiten nutzen können. Beunruhigend ist der Nachweis auf Bundesebene, wonach die Situation von MigrantInnen im Bildungsbereich generell schlechter als die der Deutschen sei. Wobei zumindest Migrantinnen bessere Schulnoten erzielten als Migranten, doch ohne dass sich dies in beruflichen Abschlüssen widerspiegeln würde.³⁰



Aus der Geschlechterperspektive stehen zwei weitere Herausforderungen im Vordergrund:

- Zum Abbau der aktuell diskutierten Bildungsprobleme von Jungen und zur Überwindung der im europäischen Vergleich anachronistischen geschlechtsspezifischen Fächerwahl wird die Verbreitung einer Pädagogik wichtig, die sich konsequenter und fächerübergreifend am Abbau von Geschlechtsrollenklischees beteiligt.
- Ein wichtiger Beitrag zum Abbau von Geschlechtsrollenklischees wäre die Überwindung der Unterrepräsentanz von Männern in Kindertagesstätten bei den Null- bis Sechsjährigen und im Grundschulbereich.

Grundsätzlich bleibt in allen Bildungskontexten die politische Verantwortung für die gleiche Teilhabe an den Möglichkeiten unseres Bildungssystems bestehen. Um die Ergebnisse dieses Engagements messen zu können, bedarf es einer entsprechenden systematischen geschlechtsdifferenzierten Datenerhebung.

³⁰ FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf, Seite 59

Erwerbstätigkeit

• Einführung	20
• Erwerbsbeteiligung	20
• Arbeitsvolumen	22
▪ Teilzeitbeschäftigung	22
▪ Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung in Heidelberg	25
▪ Teilzeitbeschäftigung mit Kindern	26
▪ Teilzeitbeschäftigung ohne Kinder	27
▪ Tatsächliches Erwerbsarbeitsvolumen	27
▪ Erwerbsarbeit im Lebensverlauf	29
• Berufliche Position	30
▪ Branchen	30
▪ Führungspositionen	30
▪ Berufliche Selbständigkeit	33
▪ Arbeitslosigkeit und berufliche Mobilität	34
• Fazit	35

Einführung

Chancengleichheit im Erwerbsleben ist heute mehr als ein normatives Anliegen in einem globalen Wirtschaftssystem, das lokale Betriebe von Zeit zu Zeit mit internationalen Normen und ungewohnten Traditionen bei der Gleichstellung von Frauen und Männern konfrontiert. Sinkende Geburtenziffern, steigende Lebenserwartungen, ein zu erwartender Fachkräftemangel, die Schwierigkeiten der Sicherung unserer Sozialsysteme und die Bedeutung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit machen es unverzichtbar, die tatsächliche Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbsleben zu beschleunigen. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund eines völlig veränderten Bildungserwerbs bei Frauen. Diese hohen Investitionen nicht einzulösen, wäre volkswirtschaftlich nicht nachvollziehbar. Angesichts hoher Scheidungsquoten und knapper öffentlicher Mittel dürfte jede Stärkung von eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts von größter Bedeutung sein.

Erwerbsbeteiligung



Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in seiner jüngsten Veröffentlichung mitteilt, nimmt die Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland kontinuierlich zu³¹. Der stärkste Zuwachs lässt sich für den Zeitraum zwischen 1985 und 2005 beobachten. Bundesweit ist 2005 bei den Männern eine Erwerbsquote von 66,2 Prozent, bei den Frauen eine von 50,8 Prozent zu verzeichnen. Die Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland ist dabei um acht Prozent höher als in Westdeutschland.³²

³¹ Vergleiche Wanger, Susanne, Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen. Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991-2004. In: IAB Forschungsbericht 2, 2006, Seiten 9f.

³² Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf und DJI Gender-Datenreport 2005 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frauen in Deutschland 2006, Seite 117



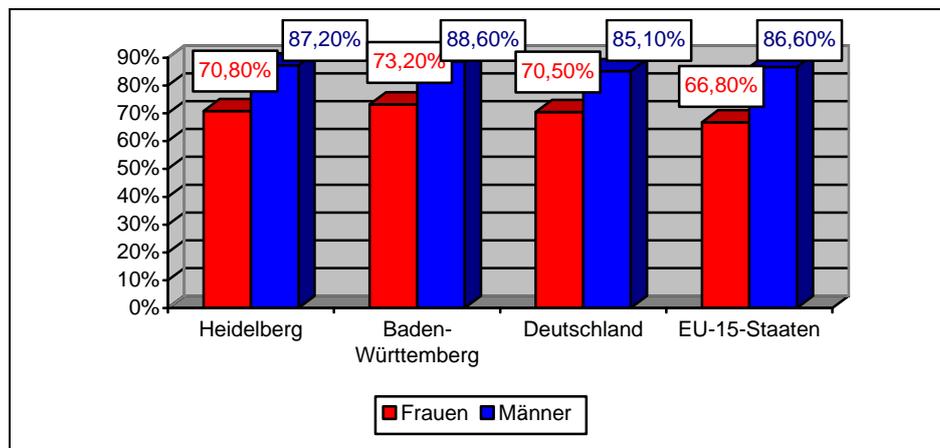
Die Erwerbsquote³³ der Frauen in Baden-Württemberg hat seit 1980 von 42,9 Prozent auf 48,6 Prozent im Jahr 2005 zugenommen³⁴. Im selben Zeitraum verminderte sich die Erwerbsquote der Männer um 9 Prozentpunkte. 1980 waren 72,7 Prozent der männlichen Bevölkerung von 15 und mehr Jahren erwerbstätig, im Jahr 2005 nur noch 63,8 Prozent. Auf das Jahr 2005 bezogen liegt die Erwerbsquote von Frauen und Männern in Baden-Württemberg unter dem nationalen Durchschnitt.

Betrachtet man nur die Beschäftigungsquote, also den Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, dann ergibt sich in Baden-Württemberg 2004 allerdings eine wesentlich höhere Erwerbsbeteiligung bei Frauen als im Bundesdurchschnitt, nämlich ein Anteil von 62,6 Prozent³⁵. Damit nähert sich das Bundesland hinsichtlich der Beschäftigungsquote von Frauen dem oberen Drittel der EU-15-Staaten, übertroffen nur von den skandinavischen Mitgliedsstaaten sowie Großbritannien und den Niederlanden.



Insgesamt gesehen ist die Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter in Heidelberg etwas geringer als im Landesdurchschnitt, wie der Vergleich zeigt. Zieht man EU-Daten und Ergebnisse aus den Mikrozensus-Erhebungen des Statistischen Landesamts zum Vergleich heran, so ergibt sich mit Bezug zu den Ergebnissen der Heidelberg Studien folgendes Bild.

Grafik 3: Beschäftigungsquote der 30- bis 59-Jährigen in Heidelberg* im Vergleich 2003



*Die Altersklasse zwischen 30 und 59 Jahren wurde gewählt, um den ‚Studenteneffekt‘ in Heidelberg, der in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen eine besonders geringe Erwerbsbeteiligung nach sich zieht, auszuschließen. Untersucht wurde die Beschäftigungsquote (auch Erwerbstätigenquote genannt), die anders als die Erwerbsquote nur den prozentualen Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 an der Gesamtbevölkerung derselben Alters- und Geschlechtsgruppe misst.

Quellen: Heidelberg Studien 2003; eigene Berechnungen, EUROSTAT; eigene Berechnungen, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2006

³³ Die Erwerbsquote bezeichnet den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen (das heißt Erwerbstätige plus Erwerbslose) an der Gesamtheit aller Personen im erwerbsfähigen Alter (vom 15. bis 64. Lebensjahr).

³⁴ Vergleiche Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren in Baden-Württemberg 1980 und 2005 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht, Stuttgart 2006

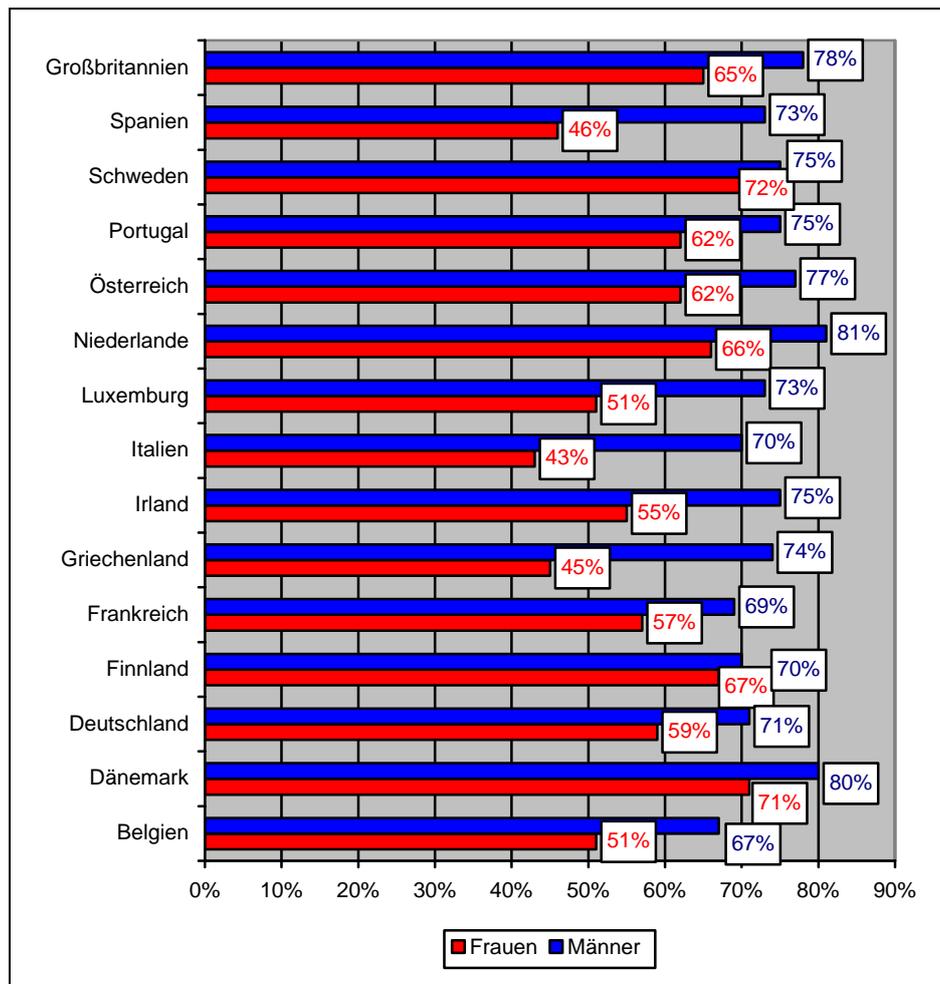
³⁵ Vergleiche Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Baden-Württemberg. Ländervergleich Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Stuttgart 2006



Die Beschäftigtenquote von Männern liegt durchgehend über der von Frauen. Bei der Beschäftigtenquote von Frauen belegen die skandinavischen Ländern eine Spitzenposition, während die südeuropäischen Mitgliedsstaaten das Schlusslicht bilden. Dort geht nicht einmal die Hälfte der Frauen einer Beschäftigung nach.

Deutschland belegt mit rund 59 Prozent eine Position im europäischen Mittelfeld, die über dem EU-15-Durchschnitt von 56 Prozent liegt ³⁶.

Grafik 4: Beschäftigungsquote nach Geschlecht in den EU-15-Staaten 2003



Quellen: EUROSTAT, Statistisches Bundesamt, Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006
Basis ist die erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren in den EU-15-Ländern (ohne osteuropäische Mitgliedsstaaten)

Arbeitsvolumen

Teilzeitbeschäftigung

Hohe Beschäftigtenquoten insbesondere bei Frauen sind nicht unbedingt ein Maßstab für die gleichberechtigte Teilhabe an der Erwerbsgesellschaft und damit auch am Einkommen. Zum einen ist die unterschiedliche Bezahlung gleicher Tätigkeiten überall verbreitet – auch in vermeintlich ‚modernen‘ Gesellschaften wie den skandinavischen. Zum anderen bestimmt die Verteilung von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverhältnissen, ob Frauen zu einer autonomen Lebensführung aufgrund eigenen Einkommens in der Lage sind

³⁶ Vergleiche Statistisches Bundesamt, Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006, Berlin 2006, Seite 27

oder nicht. Reicht ihr eigenes Einkommen nicht, sind sie auf das eines (Ehe-)Partners und/oder staatliche Transferleistungen angewiesen.

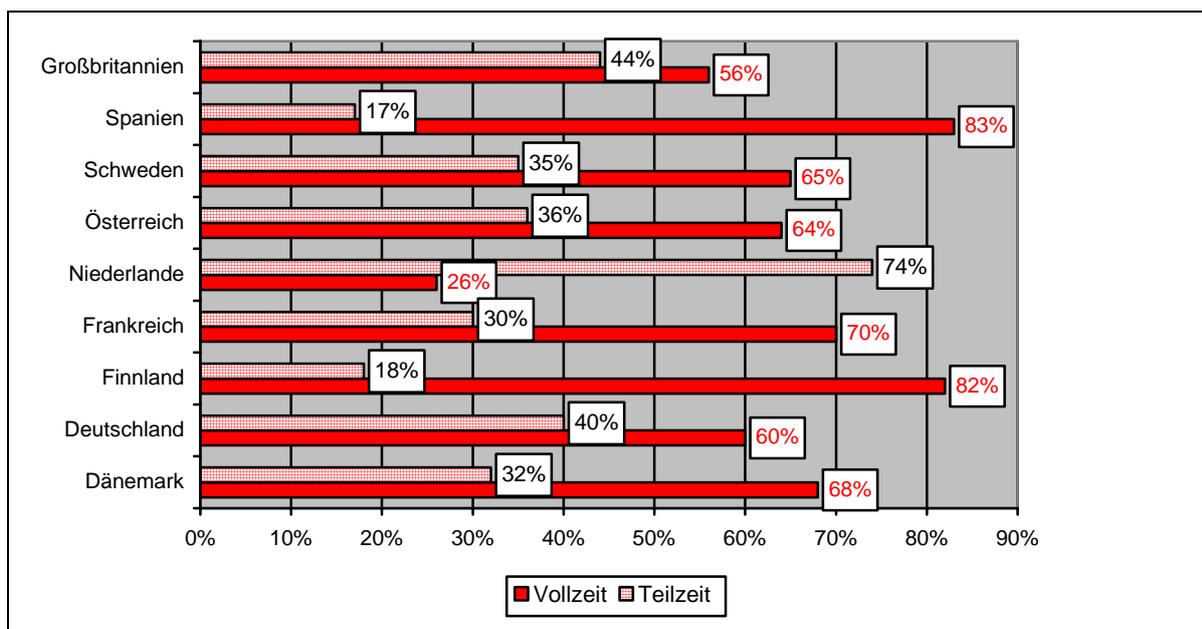


Auch wenn in Deutschland in den letzten Jahrzehnten der Anteil von Frauen, die ihre Existenz über Erwerbseinkommen oder Rente sichern können, gestiegen ist, können weniger Frauen ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten als Männer. Mit einem Anteil von fast 36 Prozent war die Abhängigkeit von Leistungen durch Angehörige bei Frauen (März 2004) wesentlich größer als bei Männern, von denen nur 22 Prozent überwiegend auf diese Unterhaltsquelle angewiesen war. Auch bei erwerbstätigen Frauen ist die Abhängigkeit von der Unterstützung durch Angehörige wesentlich größer als bei männlichen Personen. Jede siebte erwerbstätige Frau kann ihren überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten.³⁷



Geht man wiederum von den EU-15-Ländern aus, dann lässt sich für das Jahr 2003 eine länderspezifisch erheblich variierende Verteilung von Vollzeit- und Teilzeittätigkeit bei den erwerbstätigen Frauen feststellen.

Grafik 5: Vollzeit- und Teilzeitarbeit von Frauen in den EU-15-Ländern (2003)



Quelle: EUROSTAT; eigene Berechnungen. Basis sind die Beschäftigungsquoten von Frauen zwischen 15 und 64 Jahren.



Deutschland belegt nach den Niederlanden und Großbritannien den dritten Platz. Hierzulande gehen 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitschäftigung nach. Die über dem EU-Durchschnitt liegende Beschäftigungsquote von 59 Prozent wird – ähnlich wie in den Niederlanden, nur weniger extrem – auch in Deutschland besonders durch Teilzeitarbeitsverhältnisse erreicht.

Finnland und Spanien nehmen die Gegenposition am anderen Ende der Skala ein. Hier dominiert eindeutig die Vollzeitbeschäftigung, wobei allerdings Spanien im Gegensatz

³⁷ Erwerbseinkommen von Frauen und Männern, W. Corneließen, C. Dressel, V. Lohel, in Gender-Datenreport 2005 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

zu Finnland mit 46 Prozent eine außerordentlich geringe Erwerbsbeteiligung der weiblichen Bevölkerung aufweist.

Die Teilzeitbeschäftigung wird gewöhnlich mit dem Vorhandensein von Kindern begründet und der Tatsache, dass wegen der unzureichenden externen Betreuungsmöglichkeiten besonders für Kinder unter drei Jahren die häusliche Betreuung durch die Mutter erforderlich sei. In der Tat begründen nirgendwo in der EU so viele Frauen wie in Deutschland ihre Teilzeitbeschäftigung mit ‚familiären oder persönlichen‘ Ursachen, nämlich 69 Prozent. Es kann angenommen werden, dass hier in erster Linie die Kinderbetreuung gemeint ist. Ein ähnlich hoher Prozentsatz ist nur noch in Österreich mit 59 Prozent zu finden³⁸. Es ist nicht auszuschließen, dass das familiäre Umfeld in Deutschland die Teilzeitbeschäftigung bei vorhandenen Kindern eher akzeptiert als die vollzeitbeschäftigte Mutter und sich dies in den EU-Ergebnissen niederschlägt.

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Erwerbsgesellschaft ist in den Ländern besonders ausgeprägt, die zum einen eine hohe Beschäftigtenquote von Frauen realisiert haben und die zum anderen Frauen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt mit einer Vollzeitstelle zu sichern. Dazu gehören vor allem Finnland und mit einigem Abstand auch Dänemark und Schweden. Den Gegenpart spielen Länder wie Deutschland, Großbritannien und die Niederlande. Die hier relativ weite Verbreitung von Teilzeitbeschäftigung bietet den Frauen lediglich eine Hinzuverdienerrolle innerhalb einer ehelichen/familialen Beziehung. Ein Phänomen, dass in der einschlägigen Literatur als ‚modernisierte Versorgerehe‘ bezeichnet wird.



Im Bundesländer-Vergleich – nach Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen – wie auch international weist Baden-Württemberg eine überdurchschnittlich hohe Teilzeitquote bei Frauen auf³⁹. Verglichen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird das Bundesland nur von den Niederlanden, die die EU-Rangliste mit Abstand anführen, übertroffen.

Seit 1980 hat sich der Anteil an Teilzeitstellen in Baden-Württemberg um 685 000, derjenige an Vollzeitstellen jedoch nur um 9000 erhöht⁴⁰. Der geringe Zuwachs im Hinblick auf Vollzeitbeschäftigung mag auch den drastischen Rückgang der Erwerbsquoten bei der männlichen Bevölkerung und deren höhere Arbeitslosenquote erklären. Allerdings steigt auch die Teilzeitbeschäftigung der männlichen Erwerbstätigen an, auch wenn das Statistische Landesamt feststellt, dass 84 Prozent der Teilzeiterwerbstätigen Frauen sind, und die Teilzeitarbeit deshalb als eine ‚Domäne der Frauen‘⁴¹ beschreibt.

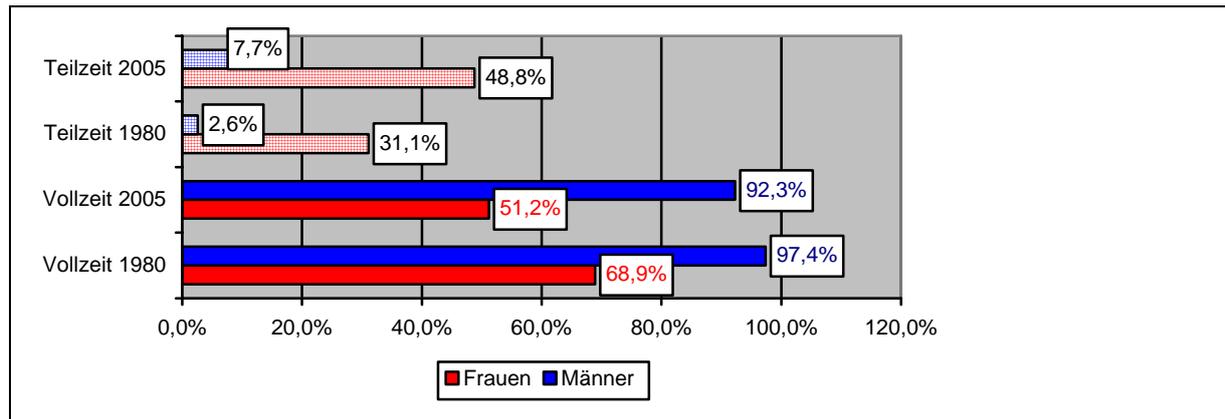
³⁸ EUROSTAT, Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht, Altersgruppe und Grund der Teilzeitbeschäftigung

³⁹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Teilzeitquoten nach Bundesländern im März 2004, Stuttgart 2006, Ergebnisse des Mikrozensus

⁴⁰ Vergleiche Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren in Baden-Württemberg 1980 und 2005 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht, Stuttgart 2006

⁴¹ ebenda

Grafik 6: Vollzeit- und Teilzeittätigkeit in Baden-Württemberg nach Geschlecht



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Erwerbstätige in Baden-Württemberg 1980 und 2005 nach Vollzeit- und Teilzeittätigkeit sowie Geschlecht, Stuttgart 2006. Als Teilzeittätigkeit gilt eine wöchentliche Arbeitszeit bis einschließlich 31 Stunden.

Die Expansion der Teilzeitbeschäftigung war unmittelbar mit einem Rückgang der Vollzeitbeschäftigung verbunden. Beide Geschlechter mussten zwischen 1980 und 2005 eine Einbuße an Vollzeitstellen hinnehmen. Gingen 1980 noch 97,4 Prozent der beschäftigten Männer einer Vollzeittätigkeit nach, so verringerte sich dieser Anteil 2005 auf 92,3 Prozent. Gleichzeitig hat sich die Teilzeiterwerbstätigenquote bei den Männern von 2,6 Prozent auf 7,7 praktisch verdreifacht, verbleibt aber im einstelligen Prozentbereich.

Anders die Beschäftigtenentwicklung bei den Frauen. Die Vollzeitbeschäftigung nahm hier ebenfalls ab, aber weitaus drastischer als bei den männlichen Erwerbstätigen. Sie sank innerhalb von 25 Jahren von zunächst 68,9 Prozent auf nunmehr 51,2 Prozent. In etwa dem gleichen Maße, wie der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen abnahm, stieg die Quote der Frauen mit einer Teilzeitstelle. 1980 kamen auf eine teilzeitbeschäftigte Frau noch zwei vollzeitbeschäftigte Frauen; 2005 ist das Verhältnis nahezu eins zu eins. Dabei kann unterstellt werden, dass das Spektrum an Teilzeitarbeitsverhältnissen enorm variiert. Es reicht vom Halbtagsjob mit geregelter Arbeitszeit über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bis zur gelegentlich und sporadisch anfallenden Erwerbstätigkeit, die den Zufälligkeiten der statistischen Erfassung unterliegt.

Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung in Heidelberg

Tabelle 3: Erwerbstätige Frauen und Männer nach Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung im Vergleich (in Prozent)

	Baden-Württemberg		Heidelberg							
	2005		1994		1997		2000		2003	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Vollzeit	92,3	51,2	91,8	69,4	93,0	61,2	92,5	54,3	90,4	61,1
Teilzeit	7,7	48,8	8,2	30,6	7,0	38,8	7,5	45,7	9,6	38,9

Quellen: Heidelberg Studien 1994, 1997, 2000 und 2003; eigene Berechnungen. Grundlage sind die Beschäftigten zwischen 18 und 60 Jahren

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Erwerbstätige in Baden-Württemberg 1980 und 2005 nach Vollzeit- und Teilzeittätigkeit sowie Geschlecht. Als Teilzeittätigkeit wird eine geleistete Wochenarbeitszeit bis 31 Stunden definiert.



Zunächst ist anzumerken, dass den Ergebnissen der Heidelberg Studien zufolge in der Stadt ein höherer Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen arbeitet als im Landesdurchschnitt, auch wenn diese Aussage wegen der unterschiedlichen zeitlichen Basis (Heidelberg 2003: 61,1 Prozent, Baden-Württemberg 2005: 51,2 Prozent) gewissen Einschränkungen unterliegt. Was die Entwicklung insgesamt angeht, so kann sich auch Heidelberg dem generellen Trend hin zu einer Abnahme der Vollzeitbeschäftigung nicht entziehen.

Auch hier lässt sich eine ähnliche Entwicklung wie auf Landesebene konstatieren, zumindest was die weiblichen Erwerbstätigen betrifft: Der Rückgang der Vollzeitbeschäftigung fällt bei den Frauen innerhalb eines Zeitraums von knapp neun Jahren wesentlich gravierender aus als bei den Männern. Immerhin arbeiteten 1994 noch mehr als 69 Prozent der erwerbstätigen Frauen auf einer Vollzeitstelle, 2003 schrumpfte der Anteil auf rund 61 Prozent.

Die sinkende Vollbeschäftigung ging mit einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigung einher. 2003 gingen nahezu 40 Prozent der erwerbstätigen Heidelbergerinnen einer Teilzeitbeschäftigung nach, im Jahr 1994 waren es erst 31 Prozent. Geringfügig zugenommen hat in Heidelberg auch die Teilzeitquote der männlichen Erwerbstätigen auf mittlerweile 9,6 Prozent.

Teilzeitbeschäftigung mit Kindern



Auch die Teilzeitbeschäftigung von Frauen mit Kindern steigt kontinuierlich an, wie das Statistische Landesamt in Baden-Württemberg für den Zeitraum zwischen 1985 und 2004 feststellt⁴². Danach hat der Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen mit Kindern von 51 Prozent auf nunmehr 69 Prozent zugenommen. Andererseits ist in dieser Zeitspanne auch der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen ohne Kinder gestiegen, nämlich von 16 Prozent auf 25 Prozent im Jahr 2004⁴³. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Quote der Frauen mit Teilzeitstellen in den letzten Jahren generell angestiegen ist – zu Lasten der Vollzeitbeschäftigung –, legt dies die Vermutung nahe, dass die Entscheidung für Teilzeit zwar familiären Bedingungen geschuldet ist, für das Vordringen dieser Beschäftigungsform aber nicht ausschließlich familien-, sondern auch arbeitsmarktpolitische Gründe maßgeblich sind.



Sowohl in Heidelberg wie auch auf Landesebene nimmt die Teilzeitbeschäftigung von Frauen mit Kindern zu, in Baden-Württemberg insgesamt aber weit aus stärker und von einem höheren Ausgangsniveau aus. Schon 1995 waren fast zwei Drittel der baden-württembergischen Frauen mit Kindern auf Teilzeitstellen tätig, 2004 sind es fast 70 Prozent. In Heidelberg ist zwischen 1997 und 2003 ein Anstieg von rund fünf Prozentpunkten auf rund 58 Prozent festzustellen. Damit liegt die Stadt um mehr als 10 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt.

⁴² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Familienarbeit und Erwerbsarbeit. Teilzeitbeschäftigung von Frauen mit und ohne Kinder 1985 bis 2004, Ergebnisse des Mikrozensus, Stuttgart 2006. Basis sind die Frauen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren mit im Haushalt lebenden minderjährigen Kindern.

⁴³ ebenda

Tabelle 4: Teilzeitbeschäftigung von Frauen mit und ohne Kinder in Heidelberg

Teilzeit	Heidelberg		Baden-Württemberg	
	1997	2003	1995	2004
mit Kindern	52,7 Prozent	57,8 Prozent	60,0 Prozent	69,0 Prozent
ohne Kinder	35,3 Prozent	33,0 Prozent	21,0 Prozent	25,0 Prozent

Quellen: Heidelberg Studien 1997 und 2003; eigene Berechnungen
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2006

Teilzeitbeschäftigung ohne Kinder



Auf Landesebene steigt die Teilzeitbeschäftigung von Frauen ohne Kinder ebenfalls an. 2004 ging in Baden-Württemberg jede vierte Frau ohne Kinder einer Teilzeitbeschäftigung nach. In Heidelberg hingegen scheint sich der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen ohne Kinder im betrachteten Zeitraum auf einem vergleichsweise hohen Niveau zu stabilisieren. In Heidelberg arbeitete 1997 und 2003 jede dritte Frau ohne Kinder auf einer Teilzeitstelle.



Zwar muss in Rechnung gestellt werden, dass in universitären und wissenschaftsnahen Einrichtungen die ‚halbe Stelle‘ besonders für BerufseinsteigerInnen mittlerweile die Regel ist. Dies allein erklärt jedoch nicht den Befund, dass der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen ohne Kinder in Heidelberg dreimal so hoch ist wie der Anteil teilzeitbeschäftigter Männer ohne Kinder, der sich laut Heidelberg Studien 2003 nur auf rund elf Prozent beläuft. Daraus folgt, dass Kinder nicht unbedingt eine Barriere für die Vollzeitbeschäftigung darstellen, wohl aber offensichtlich die Variable Geschlecht. Wenn auch kinderlose Frauen eine geringere Chance als Männer haben, eine Vollzeitbeschäftigung zu erlangen, dann scheint dieser Befund die Annahme zu bestätigen, dass das insgesamt geringere Beschäftigungsvolumen höchst unterschiedlich auf die Geschlechter verteilt wird. Kinder sind dabei offenbar nicht der ausschlaggebende Faktor.

Tatsächliches Erwerbsarbeitsvolumen

Die Erfassung von Voll- und Teilzeitarbeitsverhältnissen gibt die Wirklichkeit nur unzureichend wieder. Das Arbeitsvolumen beziehungsweise die Arbeitszeitrechnung gibt Auskunft darüber, wie die Arbeitsleistung zu bemessen ist. Exakte Angaben liefert die Arbeitszeitrechnung des IAB, die das Institut seit mehreren Jahrzehnten durchführt⁴⁴, seit 2002 auch geschlechtsspezifisch.



Generell nimmt das Arbeitsvolumen seit 1991 ab, bedingt durch die zurückgehende Anzahl von Vollzeitbeschäftigten. Dabei tragen die Erwerbstätigen unterschiedlich zum Arbeitsvolumen bei. So bemisst sich deutschlandweit der Beitrag der männlichen Erwerbstätigen 2004 auf 61,2 Prozent, der der Frauen nur auf 38,8 Prozent. Frauen waren demnach nur unterdurchschnittlich am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen beteiligt⁴⁵. Der Gender-Report der Bundesregierung stellt zudem fest, dass trotz der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen auf 59 Prozent

⁴⁴ Vergleiche Wanger, Susanne, a.a.O., Seiten 6ff. Danach gehen in die Arbeitszeitrechnung diejenigen Komponenten ein, die die durchschnittlichen Arbeitsstunden abbilden (zum Beispiel die von den Tarifpartnern vereinbarten Arbeitszeiten, tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit, Urlaub, Überstunden und so weiter)

⁴⁵ ebenda, Seite 4

(2004) die von Frauen geleistete Erwerbsarbeitszeit in den letzten Jahren stagnierte⁴⁶. Dies ist eindeutig eine Folgeerscheinung der Teilzeitbeschäftigung. Der Frauen Daten Report der Hans Böckler Stiftung 2005 weist aus, dass bei einem Vergleich des tatsächlich erbrachten Arbeitsvolumens Deutschland im europäischen Vergleich an 17. Stelle steht.⁴⁷



Baden-Württemberg ist im Bundesländervergleich des Arbeitsvolumens bei Frauen mit seinem überproportional hohen Anteil an Teilzeitarbeitsverhältnissen im unteren Drittel angesiedelt. Erwerbstätige Männer tragen danach 63,4 Prozent, Frauen dagegen nur 36,6 Prozent zum Arbeitsvolumen bei. Wie gravierend der geschlechtsspezifische Unterschied hinsichtlich der geleisteten Wochenstunden bei Teilzeit ist, demonstriert eindrucksvoll die baden-württembergische Statistik zur Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen⁴⁸. Danach gehen in Baden-Württemberg überhaupt nur 7,7 Prozent der beschäftigten Männern einer Teilzeitbeschäftigung von bis zu 31 Wochenstunden nach, also eine verschwindend geringe statistische Minderheit. Dagegen leistet fast jede zweite erwerbstätige Frau, nämlich 48,8 Prozent, nicht mehr als 31 wöchentliche Arbeitsstunden.



Hinsichtlich der aufgewendeten wöchentlichen Arbeitszeit unterscheiden sich die teilzeitbeschäftigten Frauen in Heidelberg nicht grundlegend von der überregionalen Situation.

Tabelle 5: Erwerbstätige Frauen nach wöchentlicher Arbeitszeit (nur Teilzeitbeschäftigte bis 31 Wochenarbeitsstunden)⁴⁹

Stunden	Heidelberg 2006	Baden-Württemberg 2003
1 bis 9	15,3 Prozent	19,5 Prozent
10 bis 14	12,2 Prozent	17,5 Prozent
15 bis 20	45,0 Prozent	34,5 Prozent
21 bis 31	27,5 Prozent	28,5 Prozent

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus; eigene Berechnungen
Heidelberg Studien 2006 (bei Redaktionsschluss des Datenreports unveröffentlicht)

Zwar muss die geringe Fallzahl in den Heidelberg Studien in Rechnung gestellt werden, aber die Befunde zeigen doch eine eindeutige Tendenz. Es fällt auf, dass 45 Prozent der Frauen der ‚klassischen‘ Halbtagsbeschäftigung von bis zu 20 Stunden nachgehen. Das ist eindeutig mehr als im Landesdurchschnitt. Auf Landesebene konzentriert sich die Teilzeit vor allem im Zeitfenster bis zu 14 Wochenstunden, eine Arbeitszeit, die gewöhnlich zur geringfügigen Beschäftigung zählt. 37 Prozent der Frauen in Teilzeit geben eine wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als 14 Stunden an, in Heidelberg beläuft sich dieser Anteil dagegen nur auf 27,5 Prozent. Nimmt man das Arbeitsvolumen als Maß für die Integration in den Arbeitsmarkt, dann sind Minimalbeschäftigungen in dieser Größenordnung bei den Frauen in Heidelberg eindeutig seltener vertreten als auf Landesebene.

⁴⁶ Vergleiche Dressel, Ch., a.a.O., Seite 100

⁴⁷ Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf und DJI Gender-Datenreport 2005 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frauen in Deutschland 2006, Seite 145

⁴⁸ Vergleiche Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus

⁴⁹ Als Teilzeittätigkeit wird in Übereinstimmung mit der Klassifikation des Statistischen Landesamts eine wöchentlich bis zu 31 Stunden geleistete Arbeitszeit definiert.

Als Fazit aus der Erörterung von Beschäftigungsform und Arbeitsvolumen gilt für die Erwerbslage von Frauen in Heidelberg demnach zweierlei:

- Teilzeittätigkeiten konzentrieren sich eher im Bereich der wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 15 und 31 Wochenstunden und
- der Anteil vollzeitbeschäftigter Frauen liegt in Heidelberg mit 61,1 Prozent (2003) über dem Landesdurchschnitt von 51,2 Prozent (2005).

Erwerbsarbeit im Lebensverlauf

Die Erwerbsverläufe von Männern und Frauen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich Beschäftigungsform und Arbeitszeit, sie differieren auch im Hinblick auf die Kontinuität der Erwerbstätigkeit über die verschiedenen Phasen des Lebensverlaufs.



Bedingt durch die Geburt von Kindern und deren Betreuung sind die Erwerbsbiographien von Frauen deutschlandweit eher durch Unstetigkeit gekennzeichnet. Während die Männererwerbstätigkeit zwischen 25 und 54 Jahren konstant bei 75 Prozent und darüber liegt – mit der höchsten Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe von 35 bis 39 Jahren –, konzentriert sich die Phase hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen auf eine wesentlich kürzere Zeitspanne⁵⁰. Am ausgeprägtesten ist ihre Erwerbsbeteiligung in der Altersspanne zwischen 45 und 49 Jahren, also nach der so genannten Familienphase.



Verglichen mit der oben skizzierten Entwicklung sind die Erwerbsverläufe bei Frauen in Heidelberg eher atypisch.

Tabelle 6: Erwerbstätigkeit in Heidelberg 1997 bis 2003 nach Geschlecht und Alter (in Prozent)

Lebensalter	1997		2000		2003	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
18 bis 24 Jahre	1,6	1,4	3,1	5,4	5,8	7,0
25 bis 34 Jahre	26,8	28,5	29,2	28,6	22,7	21,5
35 bis 44 Jahre	29,6	32,9	30,8	30,6	31,5	31,0
45 bis 59 Jahre	34,6	33,8	31,1	29,9	33,5	32,7
60 Jahre und älter	7,4	3,4	5,7	5,4	6,4	7,7

Quelle: Heidelberg Studien 1997, 2000 und 2003

- Deutlich abgenommen hat der Anteil der beschäftigten Frauen zwischen 25 und 34 Jahren mit einem Rückgang von 28,5 Prozent (1997) auf 21,5 Prozent (2003). Die Abnahme der Beschäftigung in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen dürfte auf die nachwuchsbedingte Unterbrechung zurückzuführen sein.
- Einen geringfügigen Rückgang gibt es auch bei der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen, dafür erstaunlicherweise einen Anstieg der Beschäftigungsquote sowohl bei den ganz jungen Frauen als auch bei den über 60-Jährigen, auch wenn diese Angaben aufgrund geringer Fallzahlen nur eingeschränkt gelten. Möglicherweise beschreiben sie aber eine Tendenz dahingehend, dass in einer universitäts- und wissen-

⁵⁰ Vergleiche Dressel, Christian, a.a.O., Seiten 103f.

schaftsbasierten Stadt das Renteneintrittsalter höher liegen dürfte als in anderen Kommunen.

- Aufschlussreich ist auch der Vergleich zwischen Männern und Frauen. In Heidelberg verläuft die Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern weitgehend synchron, das heißt, die Erwerbsquoten sind in den einzelnen Altersgruppen weitgehend identisch. 1997 lässt sich mit 61,4 Prozent sogar eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Altersgruppe von 25 bis 44 Jahren feststellen als bei den Männern (56,4 Prozent), wobei allerdings auch hier wieder die höhere Teilzeitquote von Frauen in Rechnung gestellt werden muss.

Berufliche Position

Branchen



Der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg ist eine Domäne der Frauen. 57 Prozent der Beschäftigten in Stadt- und Landkreisen, Regierungsbezirken und so weiter sind weiblich. Heidelberg entspricht mit einem Anteil von 56,8 Prozent fast exakt dem Landesdurchschnitt. Gemessen an den Stadtkreisen im Bundesland nimmt die Stadt indes eine Spitzenposition ein, sie verzeichnet den höchsten Anteil weiblicher Beschäftigter im öffentlichen Dienst⁵¹.

Unabhängig davon dominiert bei beiden Geschlechtern der Angestelltenstatus, bei Frauen allerdings stärker ausgeprägt als bei Männern. 2003 bezeichneten sich laut Heidelberg Studien fast zwei Drittel der Frauen als Angestellte beziehungsweise gingen vor ihrem Ruhestand einer Angestelltentätigkeit nach. Bei den Männern machten Angestellte beziehungsweise ehemalige Angestellte gut die Hälfte der Befragten aus, wobei sich hier zwischen 2000 und 2003 ein Zuwachs von mehr als sechs Prozentpunkten verzeichnen lässt (bei den Frauen sind es zwei Prozent).

Führungspositionen



Der bundesweite Durchschnitt bei Frauen in Führungspositionen beträgt zwölf Prozent (im Verhältnis zu allen erwerbstätigen Frauen). Wie das Statistische Bundesamt in seiner Veröffentlichung „Frauen in Deutschland 2006“ mitteilt, beträgt das Geschlechterverhältnis bei den Führungskräften eins zu zwei. Das heißt, dass ‚ein Drittel aller Führungskräfte in der Industrie, im Dienstleistungsbereich oder in der öffentlichen Verwaltung ... weiblich ist‘⁵².

Dies gilt in erster Linie für die alten Bundesländer. In Ostdeutschland repräsentieren Frauen dagegen 42 Prozent der Führungskräfte⁵³. Nach Branchen differenziert ist die öffentliche Verwaltung gleichstellungspolitisch am weitesten: Hier haben Frauen einen Anteil von 39 Prozent an den Führungskräften⁵⁴.

⁵¹ Vergleiche Statistisches Landesamt, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 30. Juni 2005, Stuttgart 2006. Die Stadtverwaltung Heidelberg liegt hier mit einem Anteil von 49 Prozent weiblicher Beschäftigter (2005) weit unter dem Heidelberger Durchschnitt.

⁵² Statistisches Bundesamt, Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006, Berlin 2006, Seite 28

⁵³ Statistisches Bundesamt, Wenige Frauen in Führungspositionen, Pressemitteilung vom 22. März 2005

⁵⁴ ebenda

Frauen mit Führungsfunktionen waren am stärksten in den Altersgruppen bis 30 und über 50 Jahren vertreten. Dagegen konnten die Frauen im Alter zwischen 30 und 49 ihren Anteil an Leitungspositionen nicht nennenswert ausbauen⁵⁵. Schon allein die Zugehörigkeit zu dieser Altersgruppe scheint eine Frau zu einem generellen Risiko bei der Besetzung von Leitungspositionen zu machen⁵⁶. Selbst wenn sie keine Kinder hat, rechnen ArbeitgeberInnen sozusagen mit der statistischen Wahrscheinlichkeit einer Mutterschaft.

Wie die Studie des IAB belegen konnte, stagnierte der Anteil von Frauen mit Kindern in Führungspositionen zwischen 2000 und 2004 deutlich. Aber auch Frauen mit Vollzeitbeschäftigung können im genannten Zeitraum keine Zuwächse im Hinblick auf Führungs- und sonstige Spitzenpositionen verbuchen.



In Baden-Württemberg hatten Frauen 2004 einen Anteil von 44,8 Prozent an den Erwerbstätigen, waren aber an den Führungspositionen nur mit 18 Prozent beteiligt. Das Gros der Leitungspositionen ist mit 82 Prozent nach wie vor in männlicher Regie⁵⁷. Trotzdem haben die Frauen seit 1996 deutlich aufgeholt, der Zuwachs innerhalb von acht Jahren beträgt immerhin 44 Prozent⁵⁸.



Das Tätigkeitsspektrum umfasst in den Heidelberg Studien (auf eine Unternehmensbefragung können wir noch nicht zurückgreifen) drei Kategorien der Positionszuweisung, nämlich einfache, gehobene und leitende Tätigkeit.

Tabelle 7: Berufliche Position/Funktion nach Geschlecht 2000 und 2003 in Heidelberg

Tätigkeit	2000		2003	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
einfach	14 Prozent	34 Prozent	26 Prozent	34 Prozent
gehoben	59 Prozent	53 Prozent	43 Prozent	50 Prozent
leitend	27 Prozent	13 Prozent	30 Prozent	16 Prozent

Quelle: Heidelberg Studien 2000 und 2003; eigene Berechnungen

- Besonders erstaunlich ist die Zunahme bei den männlichen Befragten, die ihre berufliche Position als einfache Tätigkeit klassifizieren. Innerhalb des vergleichsweise kurzen Zeitraums von nur drei Jahren hat sich der Anteil fast verdoppelt, nämlich von 14 Prozent auf 26 Prozent.
- Bei den Frauen bleibt der Anteil in dieser Positionsgruppe stabil, ist aber immer noch auf gut ein Drittel zu veranschlagen.
- Teilweise drastisch fällt der Rückgang hinsichtlich der ‚gehobenen Tätigkeit‘ aus. Bei den Männern geht der Anteil um 16 Prozentpunkte, bei den Frauen um drei Prozentpunkte zurück.

⁵⁵ ebenda

⁵⁶ ebenda

⁵⁷ Vergleiche Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Erwerbstätige und Führungspositionen in Baden-Württemberg 2004, Ergebnisse des Mikrozensus.

⁵⁸ Derselbe., Internationaler Frauentag 2006: Frauen rücken verstärkt in Führungspositionen auf. Führungspositionen dennoch nach wie vor überwiegend in Männerhand, Stuttgart 2006

- Hinsichtlich der leitenden Tätigkeit verbuchen beide Geschlechter einen Zugewinn, der bei den Frauen wegen des niedrigen Ausgangsniveaus allerdings nicht sonderlich ins Gewicht fällt. Ausgehend von diesen Daten zeichnet sich für die männliche Population eine starke berufliche Abstiegstendenz ab.

Um die Ergebnisse der IAB-Studie auch für Heidelberg qualifizieren zu können, wurde der Frage nachgegangen, wie sich der Anteil von Frauen in einfachen, gehobenen und leitenden beruflichen Positionen in den letzten Jahren im Hinblick auf die Aspekte Alter, Familienstand, vorhandene Kinder und Arbeitszeit entwickelt hat. Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die Kategorien ‚gehobene Tätigkeit‘ und ‚leitende Tätigkeit‘ aggregiert.

Tabelle 8: Berufliche Position von Frauen nach Altersgruppen

	2000			2003		
	Altersgruppe in Jahren			Altersgruppe in Jahren		
Tätigkeit	18 bis 29	30 bis 49	50 bis 59	18 bis 29	30 bis 49	50 bis 59
einfach	50 Prozent	23 Prozent	47 Prozent	38 Prozent	30 Prozent	40 Prozent
gehoben oder leitend	50 Prozent	77 Prozent	53 Prozent	62 Prozent	70 Prozent	60 Prozent

Quelle: Heidelberg Studien 2000 und 2003; eigene Berechnungen

- Dem beruflichen Abstieg der männlichen Erwerbstätigen steht die berufliche Aufwärtsmobilität weiblicher Erwerbstätiger gegenüber. Auch wenn die geringen Fallzahlen nur eingeschränkte Aussagen zulassen, so zeigt sich doch, dass junge Frauen zwischen 18 und 29 Jahren 2003 seltener einfache Tätigkeiten verrichten als 2000 und in eine höhere ‚berufliche Liga‘ vordringen konnten.
- Dagegen scheint sich die Aussage der IAB-Studie, wonach die Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen kaum Chancen auf einen Aufstieg in gehobene oder leitende berufliche Position hat, auch in Heidelberg zu bestätigen. Mit Blick auf die Heidelberger Daten zeichnet sich zwischen 2000 und 2003 ein Rückgang ab. Immerhin waren 2000 noch 77 Prozent der erwerbstätigen Frauen zwischen 30 und 49 Jahren in einer gehobenen oder leitenden Funktion tätig, während es 2003 nur noch 70 Prozent sind. Im Umkehrschluss steigt dafür der Anteil der Frauen, die ihre Tätigkeit als ‚einfach‘ bezeichnen.
- Bei der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen Frauen lässt sich dagegen kein Rückgang im Bereich der einfachen Tätigkeiten beobachten wie bei den jüngeren Frauen, stattdessen aber ein Aufstieg in gehobene und leitende Funktionen.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die Aussicht auf beruflichen Aufstieg hier von der biologischen Uhr des weiblichen Geschlechts abhängt. Das wirkt sich negativ auf Frauen aus und erweist sich nicht als kinderfreundlich.

Tabelle 9: Anteil der teilzeit-/vollzeitbeschäftigten Frauen nach beruflicher Position

	2000		2003	
	einfach	gehoben oder leitend	einfach	gehoben oder leitend
Vollzeit	39,7 Prozent	63,4 Prozent	53,3 Prozent	65,8 Prozent
Teilzeit	60,3 Prozent	36,6 Prozent	46,7 Prozent	34,2 Prozent

Quelle: Heidelberg Studien 2000 und 2003; eigene Berechnungen

- Der obenstehenden Tabelle zufolge ist zwischen 2000 und 2003 der Anteil der Frauen, die eine einfache Tätigkeit auf einer Vollzeitstelle erledigen, gegenüber 2000 beträchtlich gestiegen, nämlich von 39,7 auf 53,5 Prozent.
- Bei den gehobenen und leitenden Funktionen hat sich ein minimaler Anstieg weg von der Teilzeitbeschäftigung hin zur Vollzeitbeschäftigung vollzogen. Dies könnte ein Hinweis dafür sein – und dies würde die IAB-Befunde wie auch andere Erkenntnisse bestätigen –, dass eine höhere berufliche Position von Frauen eher mit einer Vollzeitstelle verbunden ist als mit einer Teilzeitbeschäftigung.

Tabelle 10: Frauen mit beziehungsweise ohne Kinder nach beruflicher Position

	2000		2003	
	Kinder		Kinder	
Tätigkeit	keine	eins und mehr	keine	eins und mehr
einfach	33,8 Prozent	29,7 Prozent	30,7 Prozent	34,5 Prozent
gehoben oder leitend	66,2 Prozent	70,3 Prozent	69,3 Prozent	65,5 Prozent

Quelle: Heidelberg Studien 2000 und 2003; eigene Berechnungen

- Vorhandene Kinder verringern deutlich die Chance, in der betrieblichen Hierarchie eine gehobene oder leitende Funktion wahrzunehmen. Diese Aussage wird durch die Entwicklung zwischen 2000 und 2003 gestützt. Frauen mit einem und/oder mehr Kind(ern) sind 2003 nur noch mit rund 65 Prozent in gehobenen beziehungsweise leitenden Funktionen vertreten – im Gegensatz zu 2000, als ihr Anteil sich noch auf rund 70 Prozent belief. Auch dieser Befund bestätigt weitgehend die Ergebnisse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Die Ursache für diese Entwicklung dürfte maßgeblich mit der Diskriminierung der 30- bis 49-jährigen Frauen zu tun haben, die der IAB-Studie zufolge am wenigsten von der Klimaverbesserung zugunsten von mehr Frauen in Führungspositionen profitiert haben.
- Bezogen auf die Heidelberger Verhältnisse eher alarmierend ist der nicht unerhebliche Rückgang von fünf Prozentpunkten hinsichtlich des Anteils von Frauen in gehobenen und leitenden Positionen zwischen 2000 und 2003, der Mütter zu Verliererinnen werden ließ. Die Tendenz jedenfalls, dass Frauen mit Kindern stärker als andere Gruppen die Leidtragenden in einem enger werden Arbeitsmarkt sind, ist nicht zu übersehen.

Berufliche Selbständigkeit



Zwischen 1997 und 2003 gingen laut Heidelberg Studien jeweils rund zehn Prozent der Frauen zwischen 20 und 59 Jahren einer selbständigen Tätigkeit nach. Diese Zahl liegt erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Das Statistische Landesamt verzeichnet etwa 2005 bei den Landkreisen einen Frauenanteil von 18 Prozent und bei den Stadtkreisen einen Anteil von 15 Prozent bei den Betriebsgründungen. Aufgrund der geringen Fallzahlen können in Heidelberg keine weiteren Analysen zur Selbständigenrate von Frauen, etwa im Hinblick auf Branche, Beruf oder Alter durchgeführt werden.

Traditionell ist der Anteil an Selbständigen in Heidelberg eher niedrig. Das ist nicht ungewöhnlich. Generell ist die Selbständigenquote in urban geprägten Gemeinwesen geringer als in eher ländlichen Räumen, und zwar geschlechtsunabhängig. Besonders nied-

rig ausgeprägt ist die Neigung zur Existenzgründung in Städten, deren Beschäftigungsstruktur stark vom tertiären Sektor und hier wiederum von öffentlich-rechtlichen Körperschaften geprägt ist. Beides ist in Heidelberg der Fall. Wie schon dargelegt, sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Heidelberg mehrheitlich weiblich.

Arbeitslosigkeit und berufliche Mobilität



Heidelberg weist mit einer Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent (Stand September 2004⁵⁹, Männer 9,9 und Frauen 6,7 Prozent) zumindest unter den Stadtkreisen in Baden-Württemberg eine vergleichsweise geringe Erwerbslosenrate auf, die indes den Landesdurchschnitt mit 6,9 Prozent (Stand 31.12.2004⁶⁰) übertrifft. Ausweislich der Heidelberger Wirtschaftsdaten lassen die aktuellen Zahlen eine Verringerung der Arbeitslosigkeit auf mittlerweile 8,1 Prozent im Stadtkreis erkennen (Stand: September 2006, Männer 8,7 und Frauen 7,5 Prozent⁶¹).

Dennoch arbeiten zwischen 30 und 35 Prozent der im Rahmen der „Heidelberg Studien“ Befragten außerhalb des Stadtgebiets. Diese Quote ist in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben. Dabei lässt sich bei den AuspendlerInnen ein auffälliger Unterschied zwischen den Geschlechtern beobachten. Mangels Vergleichsdaten können diese Ergebnisse zwar nicht in einem allgemeineren Kontext erörtert werden. So werden PendlerInnenquoten in der amtlichen Statistik in der Regel nur für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berechnet. Für sich genommen sind aber die Heidelberger Befragungsdaten aufschlussreich im Hinblick auf die Mobilität der Geschlechter und die Art des Beschäftigungsverhältnisses.

Tabelle 11: Arbeitsplatz in Heidelberg beziehungsweise außerhalb von Heidelberg 2003

Arbeitsort	1997		2000		2003	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
in Heidelberg	61 Prozent	77 Prozent	58 Prozent	75 Prozent	59 Prozent	73 Prozent
Außerhalb Heidelbergs	39 Prozent	23 Prozent	42 Prozent	25 Prozent	41 Prozent	27 Prozent

Quelle: Heidelberg Studien; eigene Berechnungen. Basis ist die Subgruppe der berufstätigen Befragten

2003 arbeiteten 33 Prozent aller Erwerbstätigen außerhalb der Stadt. Zwar sind die Daten aufgrund geringer Fallzahlen teilweise nur eingeschränkt interpretationsfähig. Gleichwohl ist die Tendenz über die Jahre hinweg eindeutig. Männliche Beschäftigte sind beruflich eindeutig mobiler als Frauen. Ein überraschendes Ergebnis insofern, als – trotz eines hohen innerstädtischen Arbeitsplatzangebots – 2003 immerhin 41 Prozent der männlichen Berufstätigen darauf angewiesen waren, ihren Beruf außerhalb der Stadtmauern auszuüben. Der Anteil derjenigen, die ihrer Erwerbstätigkeit außerhalb Heidelbergs nachgehen, bleibt seit 1997 nahezu konstant.

Bei Frauen steigt indessen der Anteil jener Beschäftigten kontinuierlich an, die über einen Arbeitsplatz außerhalb der städtischen Gemarkung verfügen. Mit 23 Prozent (1997), 25 Prozent (2000) auf nunmehr 27 Prozent (2003) nimmt der Anteil von Frauen zu, die als Pendlerinnen außerhalb der Stadt arbeiten. Differenziert man die Ergebnisse

⁵⁹ Vergleiche Stadt Heidelberg – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Heidelberger Strukturüberblick 2004, Heidelberg 2005, Seite 6

⁶⁰ Vergleiche Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2006

⁶¹ Arbeitsmarktbericht Heidelberg, September 2006

hinsichtlich Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, so zeigt sich, dass auch die berufliche Mobilität von Teilzeitbeschäftigten relativ hoch ist. Mit 31 Prozent beziehungsweise 30 Prozent arbeitet jeweils fast ein Drittel der männlichen und weiblichen Teilzeitbeschäftigten außerhalb der Stadt. Auch hier ist der Anteil der Frauen seit 1997 ständig gestiegen.

Um einen Arbeitsplatz außerhalb der Stadt zu erreichen, müssen zum Teil erhebliche zeitliche Ressourcen aufgewendet werden. Das gilt für Vollzeit- und besonders für Teilzeitarbeitsverhältnisse. Berufsbedingte Anfahrtswege bedeuten eine Verringerung des verfügbaren Zeitbudgets, weitere Einschränkungen sind zu erwarten, wenn betreuungsbedürftige Kinder vorhanden sind. Dennoch sind immer mehr erwerbstätige Frauen mit Kindern außerhalb der Stadt beruflich tätig. Dominierten anlässlich der Befragung 1997 noch mit 63 Prozent die ‚pendelnden‘ Frauen, die keine Kinder unter 18 Jahren hatten, so sank diese Zahl im Jahr 2003 auf 56 Prozent. Damit hat mittlerweile nahezu jede zweite außerhalb der Stadt erwerbstätige Frau ein oder mehr minderjährige Kinder im Haushalt.

Fazit



Frauen haben ihren Zugang zum Arbeitsmarkt verbessert. Heidelberg unterscheidet sich in mancher Hinsicht positiv von den Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene, doch die klassischen Strukturprobleme bleiben bestehen: Von einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben sind wir noch weit entfernt. Die Konzentration bei Frauen auf wenige, vorwiegend schlechter bezahlte Berufe (60 Prozent aller Frauen sind in weniger als zehn Beschäftigungsgruppen tätig, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Erziehung, Verwaltung und Einzelhandel)⁶², ihre Unterrepräsentanz in Führungspositionen, ihre Überrepräsentanz bei Teilzeitstellen und ihre diskontinuierlichen Erwerbsverläufe sind in hohem Maße ausschlaggebend für ein erhebliches Entgeltgefälle zwischen Frauen und Männern, das deutschlandweit auf rund ein Viertel zuungunsten von Frauen veranschlagt wird.⁶³

Nach wie vor steht auf der politischen Tagesordnung, die gleiche Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben zu stärken. Bei allem, was schon erfolgreich geleistet wurde, geht es nach wie vor um die Erhöhung des Anteils von Frauen an bezahlter Arbeit überhaupt, um die Verbesserung des Anteils von Frauen mit und ohne Kinder in Spitzen- und Führungspositionen, um gleiches Geld für gleichwertige Leistungen im Geschlechtervergleich, um die Steigerung der Repräsentanz von Mädchen und Jungen in den jeweils untypischen Berufen, um ein professionelles Management von Elternzeit, um familienfreundliche Arbeitszeitflexibilisierung, um eine Erhöhung des Kinderbetreuungsanteils bei Männern und um die betriebliche Unterstützung von Familien. Adressat ist dabei nicht allein der öffentliche Dienst, sondern auch die private Wirtschaft.

⁶² Bundesarbeitsblatt 8/9-2006, Seite 11

⁶³ ebenda Seite 10

Vereinbarkeit Familie und Beruf

• Einführung	36
• ‚Vereinbarkeit‘, Schlüssel für Gleichberechtigung?	36
• ‚Vereinbarkeit‘, Schlüssel für Kinderwünsche?	37
• Erwerbsbeteiligung von Müttern	38
• Fazit	40

Einführung

Der Wandel in den althergebrachten Rollen- und Arbeitsteilungen zwischen Frauen und Männern fordert zunehmend Antworten auf die Frage, wie die traditionell nach dem Geschlecht zugeordneten Aufgaben auch in Zukunft bewältigt werden können. Welche Veränderungen sind notwendig? Dies zeigt sich besonders in der Diskussion über die ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘. Die familiäre Betreuung kleiner Kinder und die Pflege alter Menschen galt bisher vor allem als Frauenangelegenheit. Die innere Logik unseres Erwerbslebens ist jedoch seit Generationen durch erhebliche Rücksichtslosigkeit gegenüber den Anforderungen von Familien gekennzeichnet. Soll Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit für Frauen und Männer gelten, dann ist besonders erheblich, welche Lösungen auf diesem Gebiet gefunden werden.

‚Vereinbarkeit‘, Schlüssel für Gleichberechtigung?



Immer mehr Frauen ziehen sich in der aktiven Familienphase nicht ganz vom Arbeitsmarkt zurück. Zwar praktizieren einer deutschlandweiten Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) im Jahr 2000 zufolge 77 Prozent der Familien mit Kindern unter drei Jahren das klassische Modell der Versorgung (der Mann geht einer Vollzeitarbeit nach und die Frau bleibt ganz zu Hause), doch nur 14 Prozent der Familien halten es für eine wünschenswerte Option.⁶⁴

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, allen voran die Flexibilisierung von Arbeitszeit, werden gerne als die Voraussetzung betrachtet, um Frauen die gleiche Teilhabe am Erwerbsleben zu sichern wie Männern. Wie zuletzt in den Diskussionen um das Elterngeld gut erkennbar, gilt es in Deutschland als ideal, wenn zumindest in den ersten Lebensjahren Mütter die fast ausschließliche Betreuung von Kindern übernehmen und mit dem Heranwachsen von Kindern Teilzeitbeschäftigung und/oder geringfügige Beschäftigung hinzukommt. Im Gegensatz zur traditionellen Ernährer-Hausfrauen-Ehe bietet dieses Modell die Chance für Personen mit Familienaufgaben, nach einigen Jahren finanzieller Abhängigkeit wieder zu einer vollen eigenständigen finanziellen Absicherung zu gelangen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet für die meisten Frauen eine höchst widersprüchliche Zusammenballung von Abhängigkeit und Unabhängigkeit. Dabei erweist sie sich immer auch als Verlust an Möglichkeiten, die Ausbildungsinvestitionen in entspre-

⁶⁴ Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Petra Beckmann. IAB-Werkstattbericht, Ausgabe Nummer 12 / 2002, Seite 4

chende Karrierechancen und zukünftig zu erwartendes Prestige und Einkommen umzuwandeln. Kinder senken – so die Einschätzung eines Großteils der Frauen – die Beschäftigungschancen generell⁶⁵. Ganz zu schweigen von der Perspektive einer eigenständigen Rente und dem hohen Aufwand für Arrangements zur Kinderbetreuung angesichts des langsamen Tempos, mit dem sich etwas an den Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ändert. Der Anteil der Frauen, die aus der so genannten ‚Familienpause‘ gar nicht mehr zurück auf den Arbeitsmarkt finden, wird mit 40 Prozent veranschlagt⁶⁶. Aber auch eine gelungene Rückkehr auf den Arbeitsmarkt ändert nichts an den Löchern in der Erwerbsbiographie, die durchgängig bei der Inanspruchnahme sozialer Sicherungssysteme zum Problem werden.

Es liegt auf der Hand: Solange die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Frauen und Männern zu unterschiedlichen Konditionen gehandhabt wird, solange werden Frauendomänen geschaffen, die ihnen lediglich einen Zugang zum Erwerbsleben ermöglichen, aber keine gleichberechtigte Arbeitsmarktintegration.

‚Vereinbarkeit‘, Schlüssel für Kinderwünsche?

In Verbindung mit den Diskussionen um den demographischen Wandel und das Phänomen der Kinderlosigkeit wird die Existenz von Teilzeitstellen als wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrachtet. Doch wird der erwünschte Einfluss auf den Geburtenrückgang so offensichtlich nicht erreicht.

Angesichts der enormen Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze hätte man erwarten können, dass die Geburtenziffern zumindest stagnieren, im besten Fall sogar zunehmen, da die teilzeitarbeitende Frau sich nach allgemeiner Auffassung der Erziehung von Kindern mehr widmen kann als die vollzeitberufstätige Mutter. Doch das ist nachweislich nicht der Fall. Wie außerdem die Zunahme von Teilzeitstellen gerade bei kinderlosen Frauen zeigt, bedeutet eine Teilzeitbeschäftigung auch nicht unbedingt eine Präferenz für Kinder.

Einen nachweislichen Einfluss auf die Geburtenrate haben andere Entwicklungen:



Eine hohe Arbeitsmarktintegration von Frauen – in der Regel Vollzeitbeschäftigung – befördert eine steigende Geburtenziffer in den einkommens- und kaufkraftstarken Ländern in West- und Nordeuropa. Aus OECD Erhebungen ergibt sich, dass in den skandinavischen Ländern zwischen Frauen ohne Kinder und Frauen mit einem Kind praktisch kein Unterschied hinsichtlich der Beschäftigungsquote besteht⁶⁷.

Demgegenüber reduziert sich im europäischen Vergleich die Erwerbsbeteiligung von deutschen Frauen deutlich stärker als in Frankreich, den Niederlanden, in Österreich und in England, sobald sie Kinder haben⁶⁸.

Für Schweden und Frankreich ist außerdem belegt, dass es zwischen dem Ausbildungsberuf/Studienabschluss einer Frau und der Entscheidung für ein Kind eine positive Bezie-

⁶⁵ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Stuttgart 2006

⁶⁶ Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse. Prognos-Studie im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Köln, 2003, Seite 9

⁶⁷ Kröhnert et al. Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung

⁶⁸ EUROSTAT

hung gibt: Die Entscheidung für einen techniknahen Beruf ebenso wie für einen Studienabschluss in Naturwissenschaften und Technik wirken sich positiv auf die Geburtenrate aus⁶⁹. Bekanntlich sind die Einkommen in diesen Berufszweigen deutlich attraktiver als in den typischen Frauendomänen. Auch unter diesem Gesichtspunkt wirkt erfolgreiche Gleichstellungspolitik auf die Bereitschaft ein, Kinderwünsche zu realisieren. Auf je 1000 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren kommen in Frankreich 12,1 und in Schweden 7,6 Hochschulabsolventinnen mit naturwissenschaftlich-technischem Abschluss. Deutschland rangiert mit 3,6 je 1000 Frauen deutlich darunter.



Es gibt außerdem einen klaren Zusammenhang zwischen Kinderbetreuungsmöglichkeiten einerseits und steigender Kinderzahl trotz fortgesetzter Berufstätigkeit der Mutter andererseits, wenn Kinderbetreuung bereits für Kinder unter drei Jahren angeboten wird⁷⁰. Dies ist eindeutig der Fall in den Ländern mit hohen Geburtenziffern, vorrangig Frankreich und Schweden. Hier besuchen zwischen einem Drittel (Frankreich) und fast der Hälfte (Schweden) der Kleinkinder unter drei Jahren derartige Betreuungseinrichtungen⁷¹. Dominieren hingegen wie in Deutschland die Betreuungseinrichtungen für Kinder über drei Jahren, dann existiert dieser Zusammenhang nicht. Je nahtloser die Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes wieder aufgenommen werden kann, desto kontinuierlicher gestaltet sich der Erwerbsverlauf auch mittel- und langfristig.

Erwerbsbeteiligung von Müttern



Im europäischen Vergleich sinkt in Deutschland und den Niederlanden die Erwerbsbeteiligung von Frauen, sobald sie Kinder haben, wesentlich stärker als in den anderen Ländern. Das ist bemerkenswert, denn in beiden Ländern ist der Anteil an teilzeitarbeitenden Frauen höher als in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Daraus folgt, dass selbst unter diesen Bedingungen mehr Frauen als anderswo ihre Beschäftigung aufgeben, sobald ein Kind geboren ist.

Tabelle 12: Beschäftigungsquote von Müttern* mit Kindern unter 14 Jahren 2003

Kinder	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Niederlande	Österreich
keine	80,4 Prozent	78,2 Prozent	83,8 Prozent	82,4 Prozent	83,9 Prozent
eins	70,8 Prozent	76,9 Prozent	72,6 Prozent	74,3 Prozent	79,8 Prozent
zwei	60,9 Prozent	67,5 Prozent	67,7 Prozent	72,0 Prozent	69,4 Prozent
drei oder mehr	41,4 Prozent	46,3 Prozent	46,4 Prozent	60,1 Prozent	55,8 Prozent

*) Der Vergleich beschränkt sich auf die Altersgruppe der 25- bis 49-jährigen Frauen.
Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnungen

Zwar konnten die skandinavischen Länder aufgrund nicht verfügbarer EUROSTAT-Daten nicht in den Vergleich miteinbezogen werden. Aber aus OECD-Erhebungen ergibt sich, dass dort zwischen Frauen ohne Kinder und Frauen mit einem Kind praktisch kein Unterschied hinsichtlich der Beschäftigungsquote besteht⁷².

⁶⁹ Kröhnert et al. Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung

⁷⁰ Vergleiche Kröhnert et al., a.a.O., Seiten 11ff

⁷¹ ebenda

⁷² Vergleiche Kröhnert et al., a.a.O.



In Heidelberg liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit minderjährigen Kindern 2003 bei 73 Prozent. Damit bewegt sich die Stadt im Landesdurchschnitt:

Tabelle 13: Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern in Heidelberg

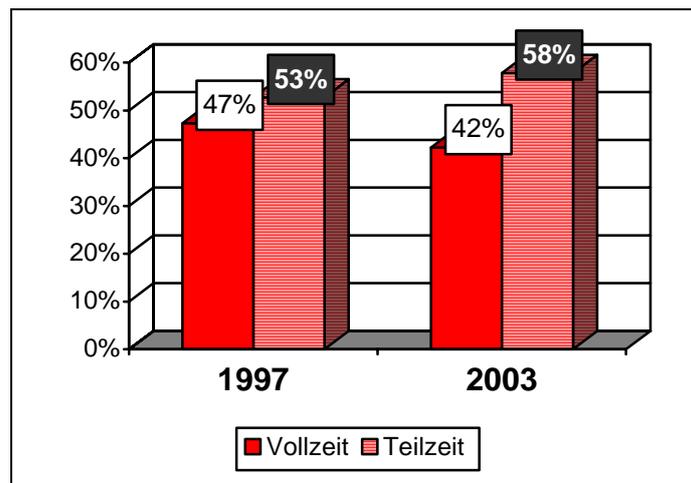
	Heidelberg			Baden-Württemberg
Kinder	1997	2000	2003	2004
unter 18 Jahren	71 Prozent	79 Prozent	73 Prozent	73 Prozent

Quellen: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2005, Seite 49
Heidelberg Studien 1997, 2000 und 2003; eigene Berechnungen

Vergleichen wir die Beschäftigungsquoten von Frauen mit Kindern in Heidelberg zwischen 1997 und 2003 zeigen sich bemerkenswerte Veränderungen:

Der Anteil der Mütter, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, ist innerhalb von sechs Jahren um fünf Prozentpunkte zurückgegangen, während der Anteil der teilzeitarbeitenden Mütter angestiegen ist. Gleichzeitig sind die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf in Heidelberg besser als anderswo in Baden-Württemberg.

Grafik 7: Beschäftigungsquoten von Frauen mit Kindern in Heidelberg



Quelle: Heidelberg Studien; eigene Berechnungen

Wenn trotz besserer Vereinbarkeitsbedingungen die Teilzeitbeschäftigung steigt, dann liegt die Vermutung nahe, dass die Arbeitsmarktsituation für diese Entwicklung eine wichtige Rolle spielt.

Der allgemeine Rückgang von Vollzeitarbeitsstellen bei Frauen wirkt sich besonders bei Müttern mit Kindern aus. Im Hinblick auf Chancengleichheit im Erwerbsleben bedeutet dies eindeutig eine Verschlechterung für Frauen mit Kindern, an der auch die bisherigen Verbesserungen bei der Betreuungssituation offensichtlich nichts ändern konnten.

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass in Heidelberg auch die Quote teilzeitbeschäftigter Frauen ohne Kinder überdurchschnittlich hoch ist – ein Sachverhalt, der für Universitätsstädte generell charakteristisch zu sein scheint – dann lässt sich die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen in hohem Maße arbeitsmarktpolitisch erklären.

Gerade qualifizierte Frauen finden sich oft auf Teilzeitarbeitsplätzen wieder, häufig genug mit befristeten Arbeitsverträgen. Selbst kurzfristige berufliche Unterbrechungen können sich bei dem Bemühen um eine berufliche Etablierung und Stabilisierung negativ auswirken. Hinzu kommt, dass den Erwerbstätigen gerade in Deutschland unablässig berufliche Mobilität abverlangt wird, die einer Familiengründung nicht eben förderlich ist.

Es bleibt daher abzuwarten, ob sich mit den neuen Regelungen (Elterngeld und Tagesbetreuungsausbaugesetz) allein tatsächlich bessere berufliche Zugangsbedingungen für Frauen mit Kindern ergeben als bisher.

Fazit

Die ungleiche Beanspruchung von Frauen und Männern in der Familie bleibt eine wesentliche Quelle für die unzureichende Einlösung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Sie schlägt sich individuell nieder in einem geschlechtsspezifischen Entgeltgefälle, in dessen Folge weniger Frauen ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten können als Männer. Diese geschlechtsspezifische Kultur schlägt darüber hinaus auch volkswirtschaftlich zu Buche: Einerseits in staatlichen Transferleistungen in Not-situationen beziehungsweise bei Altersarmut und andererseits durch den Verzicht auf die Beiträge der vielen hervorragend ausgebildeten Frauen, die dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt beziehungsweise in hohem Maße gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Als vorteilhafte Rahmenbedingungen für eine leistbare Vereinbarkeit haben sich in den Fachdebatten vielfältige Maßnahmen herauskristallisiert:

- familienfreundliche Arbeitszeiten;
- Angebote an Mütter und Väter, den Arbeitsumfang der familiären Situation anzupassen;
- gleiche Entlohnung und gleiche Aufstiegschancen im Betrieb;
- Anreize für Frauen mit Kindern, im Erwerbsleben zu bleiben beziehungsweise möglichst schnell wieder zurückzukehren;
- Anreize für Väter, ihre Arbeitszeit zugunsten der Familienzeiten zu reduzieren;
- Regelungen zur Elternzeit mit Rückkehrgarantien und einen eigenen Anspruch für Väter,
- die individuelle Besteuerung der Erwerbseinkünfte von Eltern;
- ein breites Kinderbetreuungsangebot für alle Altersgruppen.

Doch allem voran scheint eine Auseinandersetzung mit den prägenden Leitbildern nötig über das, was einen guten Vater und eine gute Mutter ausmacht. Eine Veränderung des aktuellen Geschlechterarrangements ist vermutlich auf Seiten von Frauen vor dem Hintergrund ihrer zunehmend besseren schulischen und beruflichen Qualifikation zu erwarten. Das Interesse, die erworbene Qualifikation auch tatsächlich auszuüben wird mit zunehmendem Risiko der ökonomischen Absicherung durch eine Ehe wachsen.

Es bleibt die Frage auf der politischen Tagesordnung:
Woran wollen wir uns messen lassen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und für Männer zu verbessern?

Mitsprache und Einflussnahme

- Einführung41
- Deutschland im europäischen Vergleich41
- Bundesländer im Vergleich.....43
- Kommunen im Vergleich43
- Frauen in politischen Haupt- und Ehrenämtern in Heidelberg44
- Fazit47

Einführung

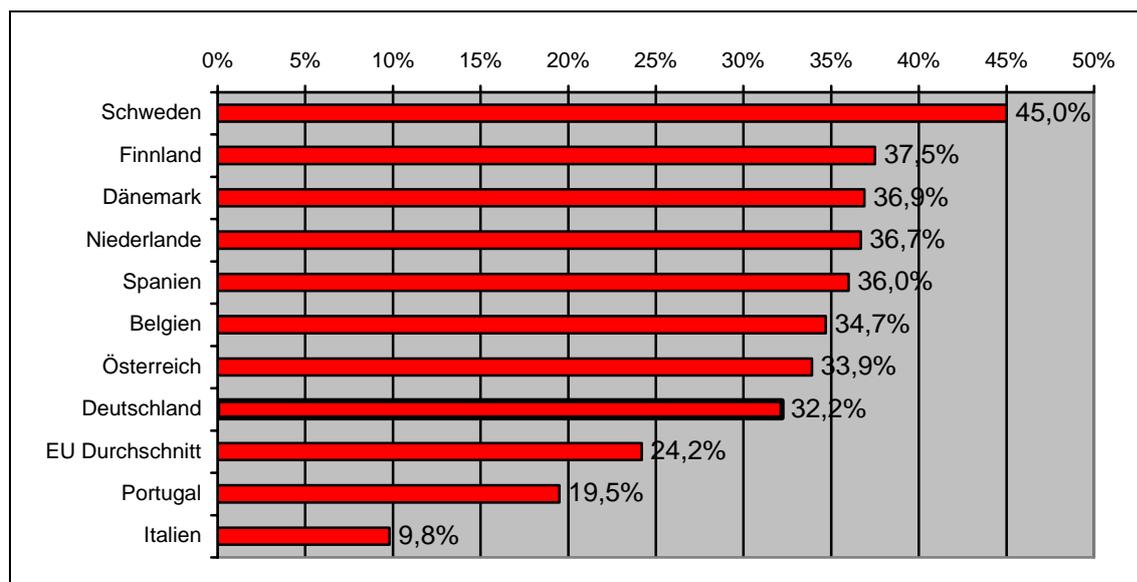
Frauen sind selten entsprechend ihres Bevölkerungsanteils dort vertreten, wo die politischen Entscheidungen getroffen werden. Doch in den letzten Jahrzehnten hat es hier einen starken Wandel gegeben. Er wird sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene deutlich.



Deutschland im europäischen Vergleich

Beim Frauenanteil in den Parlamenten innerhalb der EU-15-Staaten liegt Schweden mit deutlichem Abstand zu allen anderen Nationen an der Spitze. Am anderen Ende der Skala findet sich Italien mit einem Frauenanteil von weniger als 10 Prozent. Portugal (19,5 Prozent) hat im August 2006 beschlossen, dass bei Wahlen zukünftig jede dritte Person auf den KandidatInnenlisten eine Frau sein muss, sonst droht den Parteien der Entzug von Geldern aus der Wahlkampfkasse⁷³. Deutschland belegt mit einem Bevölkerungsanteil von 51 Prozent Frauen mit 32,2 Prozent (2002) innerhalb der 15 EU-Staaten den achten Platz.

Grafik 8: Anteil von Frauen an den nationalen Parlamenten



Quelle: GenderDatenreport im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005, Seite 346, Tabelle 6.1 (<http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/0-einleitung.html>)

⁷³ Zweiwochendienst-Meldung 233 vom 23.8.2006



2005 ist der Frauenanteil im Deutschen Bundestag von 32,2 Prozent auf 31,6 Prozent⁷⁴ gesunken, allerdings weniger deutlich als in Österreich (von 33,9 auf 31,1 Prozent bei den Nationalratswahlen 2006⁷⁵). Dennoch bedeutet dies noch einen Anstieg um rund fünf Prozentpunkte seit 1994 (26,3 Prozent). Erstmals war der Frauenanteil 1998 über die 30 Prozentlinie (30,8 Prozent) gestiegen. Von 1949 bis 1983 waren noch weniger als 10 Prozent der Abgeordneten des Deutschen Bundestages weiblich.



Der Frauenanteil an Ministerämtern ist europaweit angestiegen. Zu den Spitzenreitern der Vertretung von Frauen in diesen Positionen gehörten 2005 Österreich (54,5 Prozent) und Spanien (50 Prozent) neben Schweden (52 Prozent) und Finnland (47 Prozent)⁷⁶.



In Deutschland war die Beteiligung von Frauen an Ministerämtern 2002 mit 46 Prozent schon fast paritätisch⁷⁷, wobei die ranghöchsten politischen Positionen deutlich in Männerhand lagen. Im Kabinett des 16. Deutschen Bundestages ist der Anteil der Ministerinnen wieder auf 33 Prozent gesunken.⁷⁸

Tabelle 14: Frauen unter den höchsten Repräsentanten des Staates aktuell und bisher

	Stand November 2006	früher
Bundespräsidentin	nein	keine Frau, aber Kandidatinnen
Bundestagspräsidentin	nein	Zwei Frauen (Annemarie Renger, Rita Süssmuth)
Bundeskanzlerin	Ja (Angela Merkel)	keine Frau
Ministerpräsidentinnen	nein	Eine Frau (Heide Simonis, Schleswig-Holstein)
Bundesrat	Im Bundesrat sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Aktuell sind 16 von 69 Mitgliedern des Bundesrats Frauen, das entspricht einem Frauenanteil von 23 Prozent.	Es gab bisher noch keine Bundesratspräsidentin.
Bundesverfassungsgericht (BVG)	Im ersten Senat des BVG gibt es eine Verfassungsrichterin, im zweiten zwei von jeweils acht Mitgliedern. Das entspricht einem Frauenanteil von 18,75 Prozent.	Von 1994 bis 2002 war eine Frau (Jutta Limbach) Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes.

Quellen: Gender Datenreport 2005; www.bundesrat.de; www.bundesverfassungsgericht.de

⁷⁴ Internetseite des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/frauen.html)

⁷⁵ Nur 57 Frauen – Frauenanteil im Parlament auf 31 Prozent gesunken. [dieStandard.at](http://diestandard.at) 30.10.2006 (<http://diestandard.at/>)

⁷⁶ FrauenDatenreport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung, Seite 391, Tabelle 7.1

⁷⁷ Das neue Bundeskabinett im Überblick. Regierung online, Pressearchiv 22.10.2002 (<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/11/444111/multi.htm>)

⁷⁸ <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/Bundeskabinett/bundeskabinett.html>

Bundesländer im Vergleich



Die Regierungen der meisten Bundesländer sind in Deutschland weit von einer paritätischen Vertretung entfernt. Im Durchschnitt haben Frauen nur ein Viertel aller Kabinettsposten; in Baden-Württemberg nur ein Fünftel (zwei von zehn Ministerien, Stand November 2006⁷⁹)

Auch in den Länderparlamenten sind Frauen noch unterrepräsentiert. In 13 Länderparlamenten bewegt sich der Frauenanteil zwischen 25 und 36 Prozent. Von 16 Parlamenten haben nur drei einen Frauenanteil von über 40 Prozent: Bremen (44,6 Prozent), Brandenburg (41 Prozent) und Berlin (40 Prozent). Baden-Württemberg verzeichnet mit 23,7 Prozent (Stand Oktober 2006) den niedrigsten Frauenanteil in deutschen Landtagen.

Kommunen im Vergleich



In deutschen Kommunalparlamenten sind durchschnittlich nur 25 Prozent Mandatsträgerinnen vertreten.⁸⁰ Am höchsten ist der Frauenanteil in Kommunen der Größe zwischen 500.000 bis eine Million EinwohnerInnen mit 36 Prozent. In Kommunen der Größe zwischen 100.000 und 200.000 liegt der Frauenanteil bei 33 Prozent.⁸¹



Der Frauenanteil in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg liegt bei 21 Prozent (Kommunen) beziehungsweise bei 15 Prozent (Kreis). Der Zuwachs an Frauen läuft in Baden-Württemberg seit 1994 deutlich abflacht. Die Anzahl der Gemeinden, in deren Gemeinderäten überhaupt keine Frauen vertreten sind, ist jedoch seit 1989 stetig zurückgegangen und liegt nach den Kommunalwahlen 2004 bei 54 von 1.100 Kommunen. Heidelberg liegt mit einem Anteil von 40 Prozent Frauen im Gemeinderat bei einem Bevölkerungsanteil von 53 Prozent klar im oberen Bereich.

Tabelle 15: Gemeinderäte ohne Frauen in Baden-Württemberg 1989 bis 2004 (absolut)

Jahr	1989	1994	1999	2004
Gemeinderäte ohne Frauen	174	84	72	54

Quelle: Frauen Aktiv, Ausgabe 26 - 4/2004, Statistisches Landesamt Baden Württemberg

⁷⁹ Landesportal Baden-Württemberg (http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Ministerien_im_Ueberblick/86050.html)

⁸⁰ FrauenDatenreport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung, Seite 384 Punkt 4

⁸¹ Deutscher Städtetag 2002, Seite 95

Frauen in politischen Haupt- und Ehrenämtern in Heidelberg

Tabelle 16: Übersicht – Frauen in politischen Haupt- und Ehrenämtern in Heidelberg,

	Männer	Frauenanzahl	Frauenanteil
Politische Haupt- und Ehrenämter insgesamt	310	155	33 Prozent
Oberbürgermeisteramt	0	1	100 Prozent
Bürgermeisteramt	3	0	0 Prozent
Gemeinderat	24	16	40 Prozent
Fraktionsvorsitz	3	3	50 Prozent
Ausländerrat/Migrationsrat	9	10	53 Prozent
Jugendgemeinderat	15	15	50 Prozent
Bezirksbeiräte	114	68	37 Prozent
Bundstagsabgeordnete	4	0	0 Prozent
Landtagsabgeordnete	2	1	33 Prozent
Gewerkschaften, Vorstandsmitglieder	128	40	31 Prozent
Vorsitzende	8	1	12 Prozent

Quelle: Gleichstellungsamt Heidelberg, eigene Berechnungen (Stand Februar 2006)

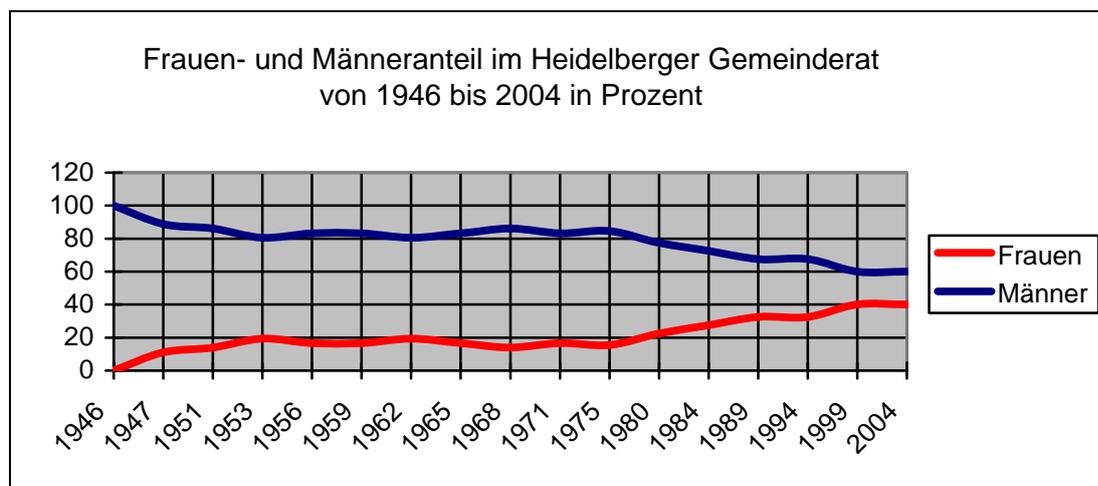
Spitzenämter in der Heidelberger Verwaltung

An der Spitze der Heidelberger Kommunalpolitik steht 1990 zum ersten Mal in Baden-Württemberg eine Frau: Oberbürgermeisterin Beate Weber. 1990 und 1998 wurde sie für jeweils acht Jahre zur Oberbürgermeisterin gewählt. Deutschlandweit beträgt der Anteil von Oberbürgermeisterinnen nur 16 Prozent. Der Anteil an Bürgermeisterinnen liegt bundesweit mit 28 Prozent um zwölf Prozentpunkte höher. In Heidelberg ist allerdings keine Bürgermeisterposition mit einer Frau besetzt.

Heidelberger Gemeinderat und Fraktionsvorsitzende

Während im Jahre 1946 noch keine einzige Frau im Heidelberger Gemeinderat war, sind es seit den Kommunalwahlen 2004 bereits 40 Prozent.

Grafik 9: Frauen im Heidelberger Gemeinderat von 1946 bis 2004



Quelle: Zusammenstellung des Gleichstellungsamtes (<http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1125116/index.html>)

Im Diagramm ist ein allmählicher Anstieg von Stadträtinnen zu beobachten. Innerhalb eines Zeitraums von 25 Jahren stieg der weibliche Anteil von null auf rund 20 Prozent. 25 weitere Jahre mussten vergehen, um den Anteil auf 40 Prozent zu verdoppeln. Den sechs Fraktionen der Heidelberger Gemeinderatsparteien stehen drei Männer und drei Frauen vor. Deutschlandweit hingegen liegt ihr Anteil bei nur 18 Prozent. Der Frauenanteil der Gemeinderatsmitglieder ist jedoch abhängig von der Parteizugehörigkeit:

Tabelle 17: Frauenanteil an Heidelberger Ratsmitgliedern nach Parteien 2006

	Bunte Linke	CDU	FDP	FWV	GAL	Generation HD	Heidelberger	SPD
Frauenanteil (in Prozent)	0	27,3	66,7	50	55,6	0	0	55,6
Frauen (absolut)	0	3	2	1	5	0	0	5
Alle Mitglieder	1	10	3	3	8	1	4	10

Ausländerrat/Migrationsrat

Der Ausländerrat/Migrationsrat hat 19 Mitglieder, zehn Frauen und neun Männer. Den Vorsitz hat eine Frau, die beiden Stellvertreterpositionen sind mit Männern besetzt.

Jugendgemeinderat

Der erste Heidelberger Jugendgemeinderat hat 30 Mitglieder. Das Geschlechterverhältnis ist paritätisch. Den Vorsitz hat ein Schüler, die beiden Stellvertreterpositionen sind mit einer Schülerin und einem Schüler besetzt.

Heidelberger Bezirksbeiräte

Der Frauenanteil in den 13 Bezirksbeiräten liegt insgesamt bei 37 Prozent.

Repräsentanz auf Landesebene

Im baden-württembergischen Landtag sind zwei Heidelberger Abgeordnete, davon eine Frau.

Repräsentanz auf Bundesebene

Heidelberg hat vier Bundestagsabgeordnete, alle männlichen Geschlechts, nach Berlin entsandt.



Gewerkschaftsverbände

Unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sind acht Gewerkschaften versammelt. 2004 hatte der DGB insgesamt etwa sieben Millionen Mitglieder, davon waren 4,8 Millionen Männer und 2,2 Millionen Frauen. Frauen sind in den Vorständen der einzelnen Gewerkschaften unterschiedlich repräsentiert. Die Frauenanteile liegen je nach Gewerkschaft zwischen minimal 16,7 und maximal 50 Prozent.



Auch in Heidelberg ist der Frauenanteil in Vorständen je nach Gewerkschaft verschieden. Während in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Hälfte aller Vorstandsmitglieder weiblichen Geschlechts sind, sind es im DGB und in der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) etwa ein Drittel. Überhaupt keine Frauen gibt es in den Vorständen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und der Gewerkschaft der Polizei. Den Vorstandsvorsitz haben in allen Gewerkschaften fast nur Männer inne. Von acht Gewerkschaftsverbänden wird nur einer von einer Frau geleitet.

Tabelle 18: Frauenanteil in den geschäftsführenden Vorständen der Gewerkschaften in der Region Heidelberg 2005

Gewerkschaft	Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer	davon Frauen	Frauenanteil Vorstände	Vorsitzende	davon Frauen
DGB Rhein-Neckar	10	3	30 Prozent	1	0
IG Bau-Nordbaden	10	3	30 Prozent	3	0
IG BCE Bezirk Mannheim	1	0	0	0	0
GEW Rhein-Neckar/Heidelberg	22	11	50 Prozent	1	1
IG Metall HD	17	5	29,4 Prozent	2	0
NGG, Region MA-HD	1	1	0	0	0
Polizeigewerkschaft Heidelberg GdP	1	0	0	0	0
VerdiÖTV HD	39	17	43,6 Prozent	1	0

Quelle: Internet- und Telefonrecherche bei den Gewerkschaften, eigene Berechnung, Stand Februar 2006

Frauen im kirchlichen Haupt- und Ehrenamt und in Vereinen

Tabelle 19: Frauen in Kirchen und Vereinen

	Männer	Frauen	Frauenanteil
kirchliche Haupt- u. Ehrenämter			
Evangelische Kirche			
Stadtsynode	34	22	39 Prozent
GemeindepfarrerInnen	18	5	22 Prozent
Ältestenkreise	92	104	53 Prozent
Katholische Kirche			
Dekan	1	0	0 Prozent
Gemeindepfarrer	14	0	0 Prozent
Pfarrgemeinderäte	83	76	48 Prozent
Vereine			
Vorstandsvorsitzende/ Stellvertretungen	2429	845	26 Prozent
Vorstandsmitglieder	706	392	36 Prozent
Vereinsvorstände insgesamt	3135	1237	28 Prozent

Quelle: Telefonumfrage in den Pfarrgemeinden, eigene Berechnung, Stand Februar 2006

Kirchenämter der evangelischen und katholischen Kirche

Die entscheidenden Organe der evangelischen Kirche sind die Stadtsynode und die Ältestenkreise der Gemeinden, denen die Pfarrer der Gemeinde vorstehen. Bemerkenswert ist, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder der Ältestenkreise der Gemeinden Frauen sind. Weniger stark sind Frauen in der Stadtsynode vertreten (39 Prozent) und ein noch geringerer Anteil übt das Amt der Pfarrerin aus (22 Prozent).

Im Vergleich zur evangelischen Kirche sind in der katholischen Kirche alle leitenden Köpfe Männer, darunter der Dekan, Priester und Pfarrer. In den Pfarrgemeinderäten hingegen sind auch Frauen vertreten. Pfarrgemeinderätinnen stellen einen Anteil von 47,8 Prozent. Der hohe Frauenanteil in der evangelischen und katholischen Kirche in Heidelberg ist wahrscheinlich auf die ehrenamtliche Tätigkeit zurückzuführen.

Heidelberger Vereine

Heidelberg hat eine breite Vereinslandschaft. Im Heidelberger Vereinsregister sind 1.553 Vereine eingetragen, insgesamt sind 28 Prozent aller Vorstandsmitglieder Frauen. Betrachtet man jedoch nur die Vorstandsvorsitzenden, reduziert sich der Frauenanteil auf 25 Prozent, während die anderen Aufgaben zu einem Drittel von Frauen erledigt werden.

Tabelle 20: Frauenanteil in den Vorständen

Vorstandsvorsitzende und deren StellvertreterIn		Sonstige Vorstandsmitglieder (BeisitzerIn, KassenerIn, SchriftführerIn)		Insgesamt	
Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
2429	845	706	392	3.135	1.237
	25,8 Prozent		35,7 Prozent		28,3 Prozent

Quelle: Heidelberger Vereinsregister und eigene Berechnung, Stand Februar 2006

Fazit



Die Tradition, öffentliche Angelegenheiten als Männersache zu behandeln, scheint hierzulande im wesentlichen zurückgedrängt zu sein. Dennoch kann von einer Repräsentation der Frauen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils keine Rede sein.

Mit einem Frauenanteil von 33 Prozent an allen politischen Haupt- und Ehrenämtern und einer Vertretung von Frauen im Gemeinderat zu 40 Prozent, bewegen wir uns in Heidelberg auf einem mittleren und zum Teil überdurchschnittlichen Niveau der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die politische Verantwortung für die Verwirklichung von gleichem Einfluss und gleicher Mitsprache für Frauen und Männer bleibt dennoch bestehen. Die Schlüsselfragen bei allen wichtigen Entscheidungen heißen in diesem Zusammenhang:

- Welche proaktiven Beiträge werden zur Beteiligung von Frauen – sei es als Beschäftigte, Bürgerin, Expertin, Politikerin oder Lobbyistin – bei wichtigen Entscheidungen erbracht?
- Was wird getan, um Personen mit familiären Verpflichtungen nicht bei ihrer Wahrnehmung von Mitspracherechten zu übergehen?
- Welche Beiträge werden zur ausgewogenen Repräsentanz von Frauen und Männern in Schlüsselfunktionen geleistet?
- Welche Beiträge werden zur Stärkung der aktiven und passiven Wahlbeteiligung von Frauen geleistet?

Sicherheit und Gewaltfreiheit

• Einführung	48
• Subjektives Sicherheitsempfinden	49
• Sicherheit in Heidelberg	51
▪ Privater Raum	51
▪ Öffentlicher Raum	52
• Fazit	55
• Anhang (Tabellen)	56

Einführung

Gewalt beeinträchtigt Männer und Frauen.⁸² Sie spielt sich überwiegend im Verborgenen ab und ist deshalb schwer zu erfassen. Die Aufdeckung wird außerdem davon erschwert, dass alle Befunde davon abhängen, wie Gewalt jeweils definiert wird.



Die Statistiken belegen ein Überwiegen der Täterschaft bei Männern. Nach einer Längsschnitt-Untersuchung des Bundeskriminalamtes über die Gewaltkriminalität der Jahre 1987 bis 2002 im früheren Bundesgebiet zeigt stieg die Zahl der registrierten männlichen Tatverdächtigen von gut 80.000 im Jahr 1987 auf fast 140.000 im Jahr 2002. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der registrierten weiblichen Tatverdächtigen von fast 9.000 auf knapp 20.000. Damit bewegt sich in diesem Zeitraum der Anteil weiblicher Tatverdächtiger zwischen 10 bis 12,5 Prozent und der männlicher Tatverdächtiger zwischen 90 bis 87,5 Prozent.⁸³

Auch wenn unübersehbar der Anteil weiblicher Verurteilter steigt, enden die Verfahren häufiger mit einer Verurteilung bei männlichen Tatverdächtigen: Kamen im Jahr 1987 auf eine verurteilte Frau vierzehn Männer, so waren es 2002 zehn verurteilte Männer. Erklärt wird dieses Phänomen vor allem mit der geringeren Schwere der Taten von Frauen. Festzuhalten bleibt, dass Frauen bei einem Bevölkerungsanteil von 51 Prozent im Bereich der Gewaltkriminalität – nach wie vor – deutlich weniger vertreten sind.

Die Opfer dieser Gewalt sind in erster Linie ebenfalls männlichen Geschlechts: vorwiegend Jugendliche und Heranwachsende. Diese Gewalt findet eher im erweiterten sozialen Nahraum und in der Öffentlichkeit statt. Der weitaus größte Teil der gegen Frauen gerichteten Gewalt wird durch meistens männliche (aktuelle oder frühere) Beziehungspartner verübt. Gewalt im öffentlichen Raum spielt demgegenüber eine untergeordnete, wenn auch nicht zu vernachlässigende Rolle.

Sexuelle Gewalt wird zu 95 bis 99 Prozent von Männern ausgeübt. Opfer dieser Gewalt werden überwiegend Frauen, Mädchen und Jungen, seltener dagegen erwachsene Männer. Auch bei Raubdelikten gegenüber Opfern über 60 Jahren sind Frauen doppelt so häufig betroffen wie Männer – eine Folge des Handtaschenraubes.

⁸² Sofern nicht anders ausgewiesen, sind alle Daten aus dem WSI FrauenDatenReport 2005, Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf und dem DJI Gender-Datenreport 2005 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

⁸³ DJI Gender-Datenreport 2005, Seite 598.

Von körperlicher Gewalt in nahen sozialen Beziehungen scheinen beide Geschlechter quantitativ etwa gleich häufig betroffen zu sein (alte Bundesländer 18 Prozent Männer, 19 Prozent Frauen), allerdings mit unterschiedlicher Ausprägung. Die in der Längsschnitt-Untersuchung zitierte Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsen Anfang der 90er Jahre weist darauf hin, dass Männer überwiegend körperlicher Gewalt durch Eltern und Geschwister ausgesetzt sind, während Frauen überwiegend Gewalt in der eigenen Ehe-/Paarbeziehung erleiden. Wird ausschließlich die körperliche Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen verglichen, zeigt die Einbeziehung des Schweregrades, der Bedrohlichkeit und der Häufigkeit erlebter Gewaltsituationen, dass Frauen häufiger von schwerer und in hoher Frequenz auftretender Gewalt in Paarbeziehungen betroffen sind.

Von körperlicher Gewalt in der Kindheit und Jugend sind nach bundesdeutschen Studien männliche Kinder und Jugendliche häufiger betroffen als Mädchen. Das trifft in hohem Maße für Gewalt in Schulen durch Gleichaltrige und – abgeschwächt – auch für elterliche und geschwisterliche Gewalt zu. Von sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend sind Mädchen häufiger als Jungen betroffen.

Subjektives Sicherheitsempfinden



Daten über Gewaltdelikte und das individuelle Sicherheitsempfinden passen scheinbar nicht zusammen. Im Ersten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesrepublik⁸⁴ heißt es dazu: „Obwohl der tatsächliche Anteil von Gewaltdelikten an der Gesamtkriminalität nur drei Prozent beträgt und, wie der Sicherheitsbericht an mehreren Stellen deutlich macht, sich zum Großteil innerhalb der Bevölkerungsgruppe der männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden ereignet, ist beispielsweise auch in weniger gefährdeten Bevölkerungskreisen die Angst davor, Opfer eines Gewaltdelikt zu werden, weit verbreitet.“



Bei einem 2003 ermittelten Ranking über das Sicherheitsempfinden von FußgängerInnen, die nachts unterwegs sind und sich dabei sicher fühlen, liegt Deutschland mit 65 Prozent noch unter dem EU-Durchschnitt von 67 Prozent und damit an zehnter Stelle der EU-15 Staaten.⁸⁵ Im Umkehrschluss bedeutet dieses Ergebnis, dass sich in Deutschland 35 Prozent aller FußgängerInnen nachts unsicher fühlen.



Die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen GESIS stellt diese Frage im Datenreport 2006⁸⁶, hier nach Frauen und Männern differenziert. Unsicher beziehungsweise sehr unsicher fühlen sich insgesamt nur noch 23,9 Prozent der Westdeutschen und 28,6 Prozent der Ostdeutschen. Bei den Frauen liegt der Anteil mit 35,7 Prozent (West) und 38,4 Prozent (Ost) jedoch deutlich höher (vergleiche Grafik nächste Seite).

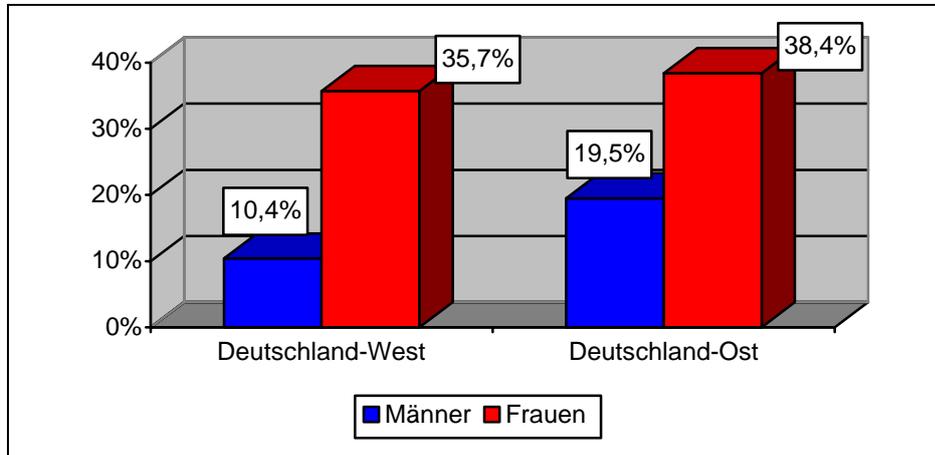
⁸⁴ Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz 2001, Seite 55 (<http://www.bmi.bund.de/>)

⁸⁵ http://www.lehendakaritza.ejgv.euskadi.net/r48-467/de/contenidos/informacion/euskadi_en_cifras/de_8835/adjuntos/euskadi_en_cifras_a.ppt

⁸⁶ <http://www.gesis.org/Sozialindikatoren/Publikationen/Datenreport/pdf2006/teil2.pdf>. Seite 537 (im PDF-Format Seite 122)

Zum Vergleich: 1999 weist der Datenreport insgesamt 21 Prozent westdeutsche und 32 Prozent ostdeutsche BürgerInnen aus, die sich nachts sehr unsicher oder ziemlich unsicher fühlen. Ziemlich unsicher oder sehr unsicher fühlten sich nur 29 Prozent der Frauen in West-, allerdings 40 Prozent der Frauen in Ostdeutschland.

Grafik 10: Wie unsicher oder sehr unsicher fühlen sich Männer und Frauen



Quelle: Datenreport 2006, Tabelle 2, Kriminalitätsfurcht, Seite 537 (PDF-Datei Seite 122)



1994 gab das Gleichstellungsamt die Studie ‚Angsträume in Heidelberg‘ heraus, in der die Ergebnisse einer Befragung von 575 Frauen (altersgeschichtete Stichprobe aus allen 14 Stadtteilen) über ihr Sicherheitsempfinden, ihre Gewalterfahrung im öffentlichen Raum und deren Auswirkung auf ihr Verhalten und ihre Alltagsgestaltung ausgewertet wurden. Besonders unsicher fühlten sich 67,8 Prozent der Befragten abends und 80,5 Prozent nachts. Allerdings wurde die Frage nicht auf die eigene Wohngegend begrenzt, so dass hier zentrale Angsträume identifiziert werden konnten.



Zum Vergleich: 1993 hatten 16 Prozent der zum Wohlfahrtssurvey befragten westdeutschen und 27 Prozent der ostdeutschen Frauen die Befürchtung, dass es sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich sei, innerhalb der nächsten zwölf Monate zu sexuellen Handlungen gezwungen zu werden. Die Möglichkeit, überfallen und beraubt zu werden, sahen 33 Prozent der westdeutschen und 50 Prozent der ostdeutschen Frauen als sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich an.⁸⁷



Befragungen in Eppelheim, Hockenheim, Heidelberg und Freiburg (leider nicht geschlechtsspezifisch differenziert) aus den Jahren 1998, 1999, 2000 und 2002 führen zu ähnlichen Ergebnissen wie in den bundesdeutschen Datenreporten: Zwischen 15 (Winnenden) und 30 Prozent (Eppelheim und Hockenheim) der Befragten haben nachts draußen alleine in ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden. Heidelberg liegt hier mit 22 Prozent im Mittelfeld, allerdings drei Prozentpunkte über Freiburg (19 Prozent)⁸⁸. Zu einzelnen Ergebnissen vergleiche im Anhang Tabelle 21: Aspekte der Kriminalitätsfurcht (Angaben in Prozent).

⁸⁷ Die Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1998. Zeitreihendaten zur Wohlfahrtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Kapitel 10, Öffentliche und soziale Sicherheit. Anke Schöb, Mannheim 2001

⁸⁸ Sicherheit und Kriminalität, Heft 1/2003, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/1_03/furcht.htm)

Sicherheit in Heidelberg

Privater Raum



Die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen Studie zur ‚Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland‘ (2004) zu Ausmaß und Verbreitung von körperlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen bestätigen bisherige Dunkelfeldschätzungen und Untersuchungsbefunde. Bezogen auf Gewalt in Partnerschaften weisen die Befunde sogar über das bislang für Deutschland geschätzte Ausmaß hinaus. Nicht etwa jede fünfte bis siebte Frau, sondern mindestens jede vierte Frau (25 Prozent) im Alter von 16 bis 85 Jahren hat ein- oder mehrmals körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch einen Beziehungspartner erlebt. Für Heidelberg würde das bedeuten, dass 16.770 Frauen betroffen sind⁸⁹.



Mit der Ausweitung des Platzverweisverfahrens auf den privaten Raum können Polizei und Ordnungsamt in Baden-Württemberg bei häuslicher Gewalt nun gezielt einschreiten und gewalttätige Partner in bestimmten Fällen aus der Wohnung verweisen. 2005 wurden 8.966 Einsätze zu häuslicher Gewalt registriert, dabei wurden 2.968 Wohnungsverweise (Platzverweise) ausgesprochen. Es wurden außerdem 927 Anzeigen wegen Stalking erstattet⁹⁰.



Eingeführt wurde das Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in privaten Beziehungen (HIM): Damit die Opfer vor weiterer Gewaltanwendung nachhaltig geschützt sind und die Möglichkeiten nutzen können, ihre Situation ohne Bedrohung zu überdenken, gegebenenfalls zu verändern, Beratungsangebote wahrzunehmen und/oder gerichtliche Schritte einzuleiten, wurden in Heidelberg drei neue Projekte geschaffen: Der Runde Tisch zum Platzverweisverfahren und zwei Beratungseinrichtungen. Am Runden Tisch sind seit dem Jahr 2000 unter der Leitung der Leiterin des Amtes für Gleichstellung alle am Platzverweisverfahren beteiligten Institutionen und Gruppen versammelt und optimieren ihre Kooperation.

2002 hat der Gemeinderat der Konzeption des Runden Tisches ‚Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)‘ zugestimmt und die Einrichtung einer Interventionsstelle für Opfer und einer Interventionsstelle für Täter beschlossen. Die beiden Beratungsstellen sind mit je einer Halbtagsstelle ausgestattet und arbeiten eng verzahnt mit allen übrigen am Platzverweisverfahren Beteiligten.

2005 gab es im Stadtgebiet Heidelberg 95 Einsätze zu häuslicher Gewalt, 28 Platzverweise wurden ausgesprochen, davon wurden sechs verlängert. Zahlen zu Stalking-Fällen wurden nicht erhoben.

Zur Entwicklung von 2000 bis 2005 vergleiche im Anhang
Tabelle 23: Fallzahlen häuslicher Gewalt 2000 – 2005, Polizei Heidelberg,
Tabelle 24: Interventionsstelle für Frauen und Kinder, statistischer Überblick und
Tabelle 25: Interventionsstelle für Täter, statistischer Überblick.

⁸⁹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Struktur- und Regionaldatenbank

⁹⁰ Rhein-Neckar-Zeitung vom 4. April 2006

Öffentlicher Raum



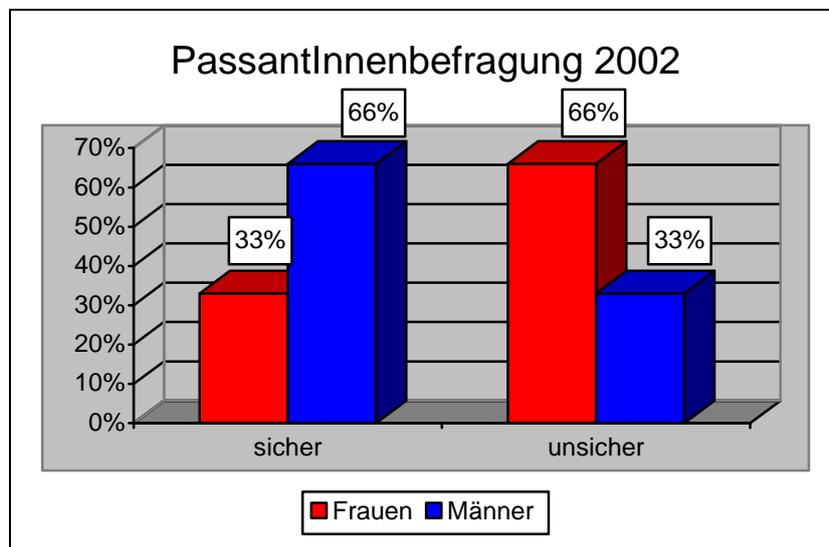
Im Vergleich zu anderen deutschen Städten kann Heidelberg als eine relativ sichere Stadt bezeichnet werden. Im baden-württembergischen Vergleich lag Heidelberg 2005 gemessen an der Häufigkeitszahl (registrierte Straftaten pro 100.000 EinwohnerInnen und Jahr) auf einem guten sechsten Platz.⁹¹



Das kommt nicht von ungefähr, werden doch seit Jahren enorme Anstrengungen unternommen, die Stadt sicherer zu gestalten. Unter anderem waren die Ergebnisse der Studie ‚Angsträume in Heidelberg‘⁹² die Grundlage vielfältiger Maßnahmen der Stadt, der Polizei, der Deutschen Bahn und der Nahverkehrsbetriebe zur Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens. Stadt und Universität Heidelberg beschlossen eine Selbstverpflichtung, um die Sicherheitsbedürfnisse aller künftigen Nutzerinnen und Nutzer bei Neuplanungen, baulichen Veränderungen, dem Betrieb der Gebäude und der Pflege der Außenanlagen systematisch in die Planungen zu integrieren.

Dass diese Maßnahmen Erfolge zeitigen, lässt sich 2002, acht Jahre nach der Sicherheitsstudie des Gleichstellungsamtes, durch eine PassantInnen-Befragung von Studierenden des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg⁹³ belegen. Insgesamt wurden an drei Tagen 527 Männer und 620 Frauen an fünf Standorten interviewt. Während sich 1994 nur 12,5 Prozent der Frauen jederzeit sicher in Heidelberg fühlten, waren es 2002 immerhin ein Drittel. Von den befragten Männern fühlten sich sogar zwei Drittel sehr sicher.

Grafik 11: Wie sicher fühlen sich Passantinnen und Passanten tagsüber und nachts in Heidelberg



Quelle: PassantInnen-Befragung des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg 2002

Interessant waren bei dieser Befragung auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu Merkmalen, die das persönliche Sicherheitsempfinden beeinträchtigen. Grundsätzlich ist zu erkennen, dass für Frauen Dunkelheit und alleine unterwegs sein zu den

⁹¹ Rhein-Neckar-Zeitung 7. April 2006

⁹² Angsträume in Heidelberg. Das Sicherheitsempfinden von Frauen in ihrer Stadt. Hg. Stadt Heidelberg, Gleichstellungsamt, 1994

⁹³ Sicherheit im öffentlichen Raum. Das Beispiel Heidelberg. Caroline Kramer, o.J.

größten Unsicherheitsfaktoren zählen (Furcht vor Sexualstraftaten), dicht gefolgt von Unübersichtlichkeit der Umgebung. Für Männer ist nicht so sehr die Tageszeit maßgeblich, für sie hat die Furcht vor anderen Formen körperlicher Gewalt (Schlägerei, Raub und so weiter) Vorrang. Zwölf Prozent lassen sich durch ‚große Menschenmassen‘ sehr stark in ihrem Sicherheitsgefühl beeinflussen, da für Männer diese Situation eher zu Bedrohung führen kann.

Auch diese Befragung bestätigt, dass Frauen auf das Weggehen ganz verzichten (17 Prozent häufig und 29 Prozent manchmal), wenn der Hin- und Rückweg nicht gesichert ist; ein deutlicher Hinweis darauf, wie wichtig die in Heidelberg existierenden Präventionsmaßnahmen für eine gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben sind.



Die angebotenen Sicherheitsmaßnahmen sind vielfältig, sie reichen von Frauenparkplätzen über SOS-Handy-Ausleihe, Begleitservice im Neuenheimer Feld bis hin zu Selbstverteidigungskursen und Frauen-Nachttaxi. 9.950 Heidelbergerinnen haben das Frauen-Nachttaxi 2005 genutzt, seit dem Beginn der Sicherheitsmaßnahme 1992 waren es insgesamt 306.675. So verwundert es nicht, dass 80 Prozent der befragten PassantInnen das Frauen-Nachttaxi bekannt war.

Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt geworden sind, stehen in Heidelberg außerdem eine Fülle von Beratungsstellen zur Verfügung, die von der Stadt finanziell gefördert werden. Es sind dies: Frauen helfen Frauen e.V. mit Frauenhaus, Beratungsstelle Courage und Interventionsstelle für Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt; Frauennotruf; Internationales Frauenzentrum; Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter/chronisch kranker Frauen und Mädchen e. V. (BiBeZ) und das Kinderschutz-Zentrum.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik in Heidelberg⁹⁴ weist aus, dass im Gegensatz zu 2004 die Straftaten im Heidelberger Stadtgebiet 2005 um 4,9 Prozent gesunken sind (13.922 gegenüber 14.638 im Vorjahr). Bei den Gewaltdelikten (Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub, gefährliche Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme) ist allerdings ein Anstieg von 14 Prozent zu verzeichnen, was nicht unbedingt bedeuten muss, dass die Anzahl der Straftaten gestiegen sind, sondern auch ein Indiz dafür sein könnte, dass sich das Anzeigeverhalten der Opfer verändert hat. (Vergleiche im Anhang Tabelle 22: Opfer nach Alter und Geschlecht – Stadt Heidelberg 2004 und 2005)



In den 90er Jahren belegte eine Studie des Bundesfrauenministeriums, dass 72 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Männer sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in den unterschiedlichsten Formen erfahren hatten⁹⁵. Das Ausmaß und die Tragweite der berichteten Folgen – von psychischem Dauerstress zu schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen und (häufigem) Wechsel oder auch Verlust des Arbeitsplatzes – führten sowohl zu einer gesetzlichen Regelung, dem Beschäftigungsschutzgesetz, als auch zu innerbetrieblichen Dienstanweisungen.

Seit Inkrafttreten des Beschäftigtenschutzgesetzes am 1.9.1994 bis zur Auswertung des Berichts ‚Das Beschäftigungsschutzgesetz in der Praxis‘ im Jahr 2002, also in einem Zeitraum von etwa acht Jahren, suchten schätzungsweise mehr als 300.000 Beschäftigte Hilfe bei ihren Geschäfts- oder Betriebsleitungen. In 88,5 Prozent dieser Fälle ging die Belästigung von Männern aus, zu 85 Prozent waren die Benachteiligten Frauen. Die Un-

⁹⁴ Alle Angaben Polizeidirektion Heidelberg

⁹⁵ Holzbrecher, M./Braszeit, A./Müller, U./Plogstedt S. (1990): Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Bd.260, Stuttgart/Berlin/Köln, S. 276

tersuchung zeigte, dass beim Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz noch erhebliche Defizite bestehen. Das Gesetz wurde – entgegen der ausdrücklichen gesetzlichen Verpflichtung – in den meisten Betrieben nicht ausreichend bekannt gemacht und in vielen Betrieben fehlten weiterhin Ansprechstellen und Beschwerdeverfahren. Es ist davon auszugehen, dass Betroffene sich nur in einem Bruchteil der Fälle an Personalverantwortliche und Betriebsrat wandten. Abzuwarten bleibt, ob sich diese Situation nach dem In-Kraft-Treten des neuen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)⁹⁶ am 18. August 2006 verändern wird.



Die Stadtverwaltung Heidelberg hat bereits das Beschäftigungsschutzgesetz in ihrer Dienstvereinbarung vom 1. August 1995 umgesetzt. Durch ein festgelegtes geregelteres Verfahren bei Verstößen sollen sexuelle Übergriffe und Belästigungen verhindert werden. Sexuelle Belästigung wird eindeutig als Geschlechterdiskriminierung definiert und als wichtiger Beitrag zur Gleichberechtigung bei der Stadt Heidelberg gesehen.

Diese Dienstvereinbarung ist in den öffentlichen Ordnern im Outlook der Stadtverwaltung Heidelberg sowie auf ihrer Internetseite⁹⁷ veröffentlicht und wird außerdem gegen Unterschrift allen Beschäftigten zur Kenntnis gegeben.

Eine besondere Fortbildung zu diesem Thema wird vom Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann in Zusammenarbeit mit dem Personal- und Organisationsamt allen Vorgesetzten auf allen Ebenen als Pflichtveranstaltung angeboten. Daneben finden regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen – auf Wunsch auch getrennt für Frauen und Männer – für interessierte Beschäftigte statt. Eine Broschüre zum Thema (3. überarbeitete Auflage 1999) wurde ebenfalls erstellt.

⁹⁶ Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) online: <http://bundesrecht.juris.de/agg/index.html>

⁹⁷ www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1126781/index.html

Fazit



Im Vergleich zu anderen deutschen Städten kann Heidelberg als eine relativ sichere Stadt bezeichnet werden. Im baden-württembergischen Vergleich lag Heidelberg 2005 gemessen an der Häufigkeitszahl (registrierte Straftaten pro 100.000 EinwohnerInnen und Jahr) auf einem guten sechsten Platz.⁹⁸ Wir wissen, dass ein Drittel der Frauen und zwei Drittel der Männer sich sicher fühlen, wenn sie nachts in Heidelberg unterwegs sind. Wir können belegen, dass das Vertrauen in die neuen Angebote zum Platzverweisverfahren bei Gewalt in nahen Beziehungen in den letzten Jahren gewachsen ist und die Bereitschaft bei Frauen und Männern zugenommen hat, sich helfen zu lassen, um aus Gewaltbeziehungen herauszukommen.



Das sind gute Erfolge. Die politische Verantwortung für den Schutz der psychischen und physischen Integrität von Frauen und Männern im öffentlichen Raum, in öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise Institutionen, am Arbeitsplatz und im privaten Raum bleibt dennoch bestehen.

Die Schlüsselfrage heißt in diesem Zusammenhang in allen Verantwortungsbereichen:

- Mit welchen Beiträgen können wir die Prävention von Gewalt zwischen Männern und Frauen im privaten und im öffentlichen Raum wirkungsvoller machen?

⁹⁸ Rhein-Neckar-Zeitung 7. April 2006

Anhang (Tabellen)

Tabelle 21: Aspekte der Kriminalitätsfurcht (Angaben in Prozent)

Indikatoren der Kriminalitätsfurcht	Befragungsorte und -zeitpunkte						
	Eppelheim 1998	Hockenheim 1998	Heidelberg 1998	Freiburg 1998	Backnang 1999	Winnenden 2000	Leimen 2002
Opfergedanke allgemein ¹	25	30	23	20	16	12	21
Viktimisierungs- angst ²	30	30	22	19	19	15	26
Vermeide- verhalten ³	43	47	46	48	36	27	43

¹ „Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?“ Prozentualer Anteil an Personen, die oft oder sehr oft (mindestens einmal in der Woche) daran denken, Opfer einer Straftat zu werden.

² „Haben Sie nachts draußen alleine in ihrer Wohngegend Angst, Opfer einer Straftat zu werden?“ Prozentualer Anteil an Personen, die oft oder sehr oft (mindestens einmal in der Woche) daran denken, Opfer einer Straftat zu werden.

³ „Bitte versuchen Sie sich an das letzte Mal zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit unterwegs waren, aus welchen Gründen auch immer. Haben Sie dabei gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass Ihnen etwas passieren könnte?“ Prozentualer Anteil an Personen, die ihr Verhalten eingeschränkt haben, um das Risiko der Opferwerdung zu verringern.

Quelle: Hermann/Bubenitschek 1999, Hermann 1999, Hermann/Döllling 2001, zitiert aus Sicherheit und Kriminalität, Heft 1/2003, Online-Ausgabe (http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/1_03/praevention.htm)

Tabelle 22: Opfer nach Alter und Geschlecht – Stadt Heidelberg 2004 und 2005

	Opfer gesamt	Männlich	Weiblich	Bis 14	14-18	18-21	21-60	ab 60	
Tötungsdelikte (vorsätzlich)	2004	2	2	0	0	0	2	0	
	2005	7	3	4	0	0	6	0	
			57 Prozent						
Zu-/Abnahme	5	1	4	0	0	1	4	0	
Vergewaltigungen + andere beson- ders schwere Fälle	2004	19	0	19	0	1	3	15	0
	2005	22	0	22	0	5	3	14	0
			100 Prozent						
Zu-/Abnahme	3	0	3	0	4	0	- 1	0	
Sexuelle Nötigung	2004	7	1	6	0	2	1	4	0
	2005	6	0	6	0	3	0	3	0
			100 Prozent						
Zu-/Abnahme	- 1	- 1	0	0	1	- 1	- 1	0	
Sex. Missbrauch von Kindern	2004	37	9	28	37	0	0	0	0
	2005	35	7	28	35	0	0	0	0
			80 Prozent						
Zu-/Abnahme	- 2	- 2	0	- 2	0	0	0	0	
Raub, räuberische Erpressung und räuberischer An- griff auf Kraftfah- rer	2004	78	49	29	8	6	11	45	8
	2005	95	55	40	5	21	9	43	17
			42 Prozent						
Zu-/Abnahme	17	6	11	- 3	15	- 2	- 2	9	
Gefährliche und schwere Körper- verletzung	2004	375	302	73	17	36	62	250	7
	2005	431	325	106	27	70	56	265	13
			25 Prozent						
Zu-/Abnahme	56	23	33	10	34	- 6	15	6	
Vorsätzliche leich- te Körperverlet- zung	2004	630	418	212	38	66	62	427	37
	2005	719	494	225	25	59	103	503	29
			31 Prozent						
Zu-/Abnahme	89	76	13	- 13	- 7	41	76	- 8	

Quelle: Jahresbericht der Polizeidirektion Heidelberg 2005, Tabelle 91 Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)
Führungs- und Einsatzstab Kriminalitätsbekämpfung

Tabelle 23: Fallzahlen häuslicher Gewalt 2000 – 2005, Polizei Heidelberg

		2000	2001	2002	2003	2004	2005	Insg.
Fälle insgesamt		16	28	45	106	174	95	464
Wochentag	Montag bis Donnerstag	7	18	20				45
	Freitag bis Sonntag	9	10	25				44
Delikt	Körperverletzung (KV)	10	21	31				62
	gefährliche KV	4	5	4				13
	Bedrohung	3	8	5				16
	Sachbeschädigung	3	2	2				7
	Freiheitsberaubung		1					1
	Sex. Nötigung			1				1
	Vergewaltigung	1						1
Täter/Täterin	Mann	16	27	41	94	160	89	427
	Frau		1	4	10	9	6	30
	Nicht erhoben				2	5		7
	Wiederholungstäter	10	14	8	5	4	4	45
Täter-Nationalität	Deutsch	7	20	26	63	117	55	288
	nicht-deutsch	9	8	19	39	53	40	168
	Keine Angabe				2			2
Konfliktursache	Alkohol	10	11	17				38
	Betäubungsmittel	1						1
	Häusl./fam. Probleme	4	13	15				32
	Eifersucht	1	2	5				8
Beziehung Täter-Opfer	Frau/Exfrau/ Mann Exmann	10	24	33				67
	Freundin/Freund/ Partner/in	5	3	10				18
	Tochter/Sohn	1	1	1				3
	Mutter/Vater			1				1
Opfer	Frau	16	27	40	93	160	92	428
	Mann		1	5	12	8	5	31
	Keine Angabe					2		
Opfer-Nationalität	Deutsch	6	18	23	67	121	53	288
	Nicht-deutsch	10	10	22	37	49	44	172
	Keine Angabe				2			
Körperliche Verletzung	unverletzt	7	9	16				32
	Leicht	6	16	28				50
	Schwer	1	2					3
Kinder/Jugendliche im Haushalt	Ja	11	18	28	55	69	41	222
	Anzahl	23	21	45	88	132	69	378
Polizeiliche Maßnahmen	Gewahrsamnahme	4	3	11	12	4	4	38
	Platzverweis	11	18	25	19	28	28	129
	Haft						1	1
	Blutentnahme		1	1				2
Behördliche Maßnahmen	Platzverweis	3	5	9	11	9	6	43
	Annäherungsverbot	1	2	2	0	2	4	11
Klageerhebung	ja	3	5	1				9

Quelle: Jahresbericht der Polizeidirektion Heidelberg

Tabelle 24: Interventionsstelle für Frauen und Kinder, statistischer Überblick

Frauen	1.5.2003 – 31.12.2003	1.1.2004 – 31.07.2004	1.8.2004 – 31.12.2004	01.01.2005 – 31.12.2005	01.01.2006 – 31.08.2006	gesamt
Insgesamt:	40	72	56	150	112	430
Davon	29	47	33	90	68	267
Deutsch						
Türkisch	2	5	8	17	6	38
Russisch	2	4	4	7	4	21
Iranisch	4	3	0	6	0	13
Irakisch	1	0	0	0	0	1
Polnisch	1	4	2	6	3	16
Koreanisch	0	2	0	0	0	2
Brasilianisch	0	1	0	0	0	1
Spanisch	0	2	0	0	0	2
Kenianisch	0	1	0	0	0	1
Marokkanisch	1	0	0	0	0	1
Albanisch	0	3	0	3	0	6
Eritreisch	0	0	0	4	0	4
Andere	0	0	9	17	31	57

	1.5.2003 – 31.12.2003	1.1.2004 – 31.07.2004	1.8.2004 – 31.12.2004	01.01.2005 – 31.12.2005	01.01.2006 – 31.08.2006	gesamt
Kinder	63	83	63	175	121	505
Frauen aus Heidelberg	37	56	36	117	88	334
aus RNK	3	14	20	29	18	84
aus anderen Orten	0	2	0	4	0	6
Frauen via Polizei	23	33	19	33	32	140
via Plakatakti- on	0	0	15	42	0	57
Platzverweis gg. Männer	11	13	9	17	13	63
Verlängerung	6	11	3	6	11	37
Anträge nach GschutzG	5	16	7	12	24	64
tel. Beratung	44	213	150	342	337	1086
pers. Beratung	28	76	79	142	114	439
Paargespräche	0	2	2	2	4	10
Hausbesuche, Behördenbe- gleitung	9	3	4	0	21	37

Quelle: Interventionsstelle für Frauen und Kinder, eigene Berechnungen

Tabelle 25: Interventionsstelle für Täter, statistischer Überblick

	2003	2004	2005	bis 8/2006	gesamt
Therapiesitzungen	255	501	758	767	2281
beteiligte Männer	51	61	81	76	269

		01.05.2003 – 31.12.2003	01.01.2004 – 28.07.2004	01.08.2004 – 30.09.2005	01.10.2005 – 31.08.2006	gesamt
Männer:		36	30	80	84	230
Therapiesit- zungen:		417	231	637	942	2227
Telefonische + Internet- Beratung:		126	98	261	259	744
Paargesprä- che:		0	0	0	7	7
Nationalitäten:	Deutsche	25	22	68	67	182
	Afghanen	0	0	1	0	1
	Amerikaner	1	0	1	0	2
	Franzosen	0	0	0	1	1
	Griechen	0	0	1	0	1
	Italiener	2	1	0	3	6
	Kurden	1	0	0	1	2
	Marokkaner	1	0	0	0	1
	Nigerianer	1	0	0	0	1
	Pakistani	1	0	1	0	2
	Polen	1	1	1	4	7
	Rumänen	0	0	1	0	1
	Spanier	1	0	0	0	1
	Türken	2	6	6	8	22
					0	
Wohnort:	Heidelberg	36	30	80	71	217
	RNK	0	0	0	13	13
					0	
Vermittelt durch:	Amtsgericht	5	4	21	14	44
	Beratungsstel- len	5	4	17	19	45
	BWH	6	3	5	8	22
	Familienge- richt	0	0	1	2	3
	Gerichtshilfe	2	0	0	1	3
	Jugendamt	2	2	7	8	19
	JVA	4	4	2	1	11
	Polizei	2	6	3	10	21
	Selbstmelder	6	7	23	21	57
	Landgericht	0	0	1	0	1
	andere	4	0	0	0	4

Quelle: Interventionsstelle für Täter, eigene Berechnungen

Lebensformen

- Einführung 61
- Familienstand 61
- Lebensformen mit und ohne Kinder 64
- Sinkende Geburtenraten 64
- Steigendes Lebensalter der Mütter bei Geburten 65
- Fazit 69

Einführung

Die Lebens- und Haushaltsformen der Geschlechter haben einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Zwar gilt – so ein familiensoziologischer Befund – die Attraktivität der traditionellen Ehe- und Familienbeziehungen als nach wie vor gegeben. Doch kristallisieren sich zunehmend neue Formen des Zusammenlebens heraus, die aber die herkömmlichen Formen von Ehe und Familie nicht in Frage stellen.

Familienstand



Die Bevölkerung der Stadt Heidelberg unterscheidet sich im Hinblick auf den Familienstand nicht gravierend vom baden-württembergischen Landesdurchschnitt. Die eheliche Beziehung ist mit einem Anteil von 47 Prozent auch in Heidelberg die dominierende Lebensform. 2003 lebten in Heidelberg mehr als ein Drittel der Frauen und Männer über 20 Jahren in dieser Familienstandskonstellation. Diese Werte übertreffen bei weitem die nationalen Vergleichsdaten.

Tabelle 26: Bevölkerung nach Familienstand

Familienstand	Baden-Württemberg	Heidelberg
	2005	2003
Ledig	40 Prozent	39 Prozent
Verheiratet	48 Prozent	47 Prozent
Getrennt lebend/geschieden	5 Prozent	7 Prozent
Verwitwet	5 Prozent	7 Prozent

Quellen: Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen
Heidelberg Studien 2003; eigene Berechnungen

Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn man die Lebensformen geschlechtsspezifisch untersucht. Dabei wurde der Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Datenbestände wegen jeweils nur die Bevölkerung zwischen 20 und über 60 Jahren berücksichtigt⁹⁹.

⁹⁹ Die amtlichen Statistiken umfassen gewöhnlich die Bevölkerung ab 15 Jahren, die ‚Heidelberg Studien‘ berücksichtigen dagegen nur Befragte ab 18 Jahren.

Tabelle 27: Familienstand nach Geschlecht

Familienstand	Heidelberg				Deutschland	
	1994		2003		2003	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Ledig	36 Prozent	33 Prozent	41 Prozent	37 Prozent	27 Prozent	19 Prozent
Verheiratet	58 Prozent	42 Prozent	51 Prozent	43 Prozent	64 Prozent	59 Prozent
Getrennt lebend/ geschieden	3 Prozent	9 Prozent	5 Prozent	9 Prozent	6 Prozent	8 Prozent
Verwitwet	3 Prozent	16 Prozent	3 Prozent	11 Prozent	3 Prozent	14 Prozent

Quellen: Heidelberg Studien 1994 und 2003; eigene Berechnungen
EUROSTAT; eigene Berechnungen

Frauen sind seltener verheiratet als Männer. Wenn sie nicht verheiratet sind, leben sie seltener als Männer mit einem Lebenspartner zusammen. Männer ziehen nach.



Auch im Bundesdurchschnitt (2003) sind Frauen mit einem Anteil von 59 Prozent seltener verheiratet als Männer mit 64 Prozent. Im Vergleich zu Heidelberg fällt hier die Differenz (2003) stärker aus: immerhin 13 Prozentpunkte bei den Männern beziehungsweise 16 Prozentpunkte bei den Frauen.

Bei beiden Geschlechtern steigt der Ledigen- beziehungsweise Geschiedenenanteil, in Heidelberg deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt.



Der Abstand zwischen den Geschlechtern schrumpft. 1994 waren in Heidelberg 42 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Männer verheiratet. 2003 bleibt der Anteil der Frauen mit 43 Prozent praktisch unverändert. Dem steht ein Rückgang bei den verheirateten Männern gegenüber. 2003 sind 51 Prozent der Männer verheiratet, gegenüber 58 Prozent im Jahr 1994. Aktuell gilt für Heidelberg, dass immer noch mehr als die Hälfte der Männer, hingegen nur rund 43 Prozent der Frauen in einer ehelichen Beziehung leben.

Der Anteil der geschiedenen Frauen bleibt in Heidelberg zwischen 1994 und 2003 mit neun Prozent stabil und entspricht 2003 etwa dem Bundesdurchschnitt. Im selben Zeitraum hat der Anteil der geschiedenen Männer von drei auf fünf Prozent zugenommen und bewegt sich damit geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt.

Zwischen 1994 und 2003 erhöht sich der Anteil der ledigen Frauen in Heidelberg um vier Prozent von rund 33 auf 37 Prozent, der Anteil der ledigen Männern von rund 36 auf 41 Prozent. 2003 lebten in Heidelberg demnach mehr als ein Drittel der Frauen und Männer über 20 Jahren in dieser Familienstandskonstellation.

Diese Werte übertreffen bei weitem die nationalen Vergleichsdaten. 2003 ist ein Drittel der Heidelberger Frauen ledig, aber nur ein knappes Fünftel (19 Prozent) der deutschen Frauen insgesamt. Ein ähnliches Ergebnis – nämlich einen überdurchschnittlich hohen Ledigenanteil verglichen mit den nationalen Daten – verzeichnen auch die Heidelberger Männer. Auch hier übertrifft die Ledigenquote mit 41 Prozent die deutsche Gesamtquote von 27 Prozent.



Generell wirkt sich der formale Bildungsgrad auf den Familienstand wie die Lebensformen aus, wie sich am Beispiel der Heidelberger Frauen zeigen lässt.

Tabelle 28: Familienstand der Heidelberger Frauen nach Bildungsabschlüssen in Prozent

Abschluss	ledig		verheiratet		geschieden*		verwitwet	
	1997	2003	1997	2003	1997	2003	1997	2003
Hauptschule	5	8	35	33	26	28	52	49
mittlere Reife / Sekundarstufe I	17	20	27	22	42	28	26	29
Abitur/ Hochschulabschluss	78	72	39	45	32	44	22	22

*) einschließlich der getrennt Lebenden

Quelle: Heidelberg Studien 1997 und 2003; eigene Berechnungen

- Zwischen 1997 und 2003 erhöhte sich der Anteil der ledigen Frauen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen, dagegen sank die Ledigenrate bei den hochqualifizierten Frauen von 78 auf 72 Prozent.
- Im Gegenzug gibt es 2003 mit 44 Prozent mehr verheiratete Frauen in den höheren Bildungsstufen als 1997. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass unter den Akademikerinnen die formale Ehebeziehung 2003 häufiger vertreten ist.
- Dies ändert aber nichts Grundlegendes an der Tatsache, dass auch 2003 die Heidelbergerinnen mit Hochschulreife und/oder Studium einen Anteil von fast drei Vierteln an den ledigen Frauen in der Stadt haben. Dieser Effekt mag zwar in erster Linie auf den hohen Anteil weiblicher Studierender zurückzuführen sein, dennoch ist auch der Ledigenanteil der weiblichen Bevölkerung im Alter von 25 bis 49 Jahren mit 41 Prozent immer noch relativ hoch (vergleiche untenstehende Tabelle).

Die Korrelation zwischen Bildung und Familienstand führt also nicht unbedingt zu vergleichbaren Lebensformen.



Beim Anteil lediger Frauen zieht Heidelberg mit EU-Mitgliedsstaaten wie Finnland und Schweden gleich, beides Länder, die bei der Frauenbildung an der Spitze Europas liegen. Wie der internationale Vergleich zeigt, ist der Anteil lediger Frauen in dieser Altersgruppe generell in solchen Ländern besonders hoch, die auch einen hohen Anteil hochqualifizierter Frauen vorzuweisen haben.

Tabelle 29: Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren nach Familienstand 2003 in Prozent

	Heidelberg	Deutschland	Finnland	Frankreich	Niederlande	Österreich	Schweden
Ledig	41	24	35	33	30	26	44
Verheiratet	48	66	54	58	61	64	45
Getrennt lebend*/ geschieden	10	9	11	8	8	9	10
Verwitwet	1	1	1	1	1	1	1

*) nur für Heidelberg

Quellen: Heidelberg Studien; eigene Berechnungen

EUROSTAT; eigene Berechnungen



In Deutschland ist, ebenso wie in Österreich, die Ledigenquote bei Frauen eher niedrig. Gleichzeitig rangieren sowohl Deutschland als auch Österreich am unteren Ende der europäischen Bildungsskala.

Lebensformen mit und ohne Kinder

Dass der Zusammenhang zwischen Bildung und Familienstand nicht unbedingt zu vergleichbaren Lebensformen führt, gilt auch für das Zusammenleben mit Kindern.



In allen skandinavischen OECD-Staaten ebenso wie etwa in Island hindert weder ein hoher Bildungsgrad noch der Ledigenstatus Frauen daran, Kinder zu bekommen. So liegt etwa die Kinderzahl je Frau in Schweden bei 1,62, in Finnland bei 1,72, in Island, dem Land mit der höchsten Erwerbsquote von Frauen in Europa, gar bei 1,93¹⁰⁰.



Kinder werden in Deutschland häufiger als in anderen EU-Ländern innerhalb einer ehelichen Beziehung geboren. Dies gilt auch für Heidelberg. In der Tat lässt sich feststellen, dass Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen 2003 deutlich häufiger verheiratet waren als 1997 und Akademikerinnen gleichzeitig häufiger mit Kindern unter 18 im selben Haushalt lebten. Ob diese Entwicklung anhält bleibt abzuwarten. In Anbetracht neuerer Erkenntnisse, dass der Wunsch nach formaler Bindung – und das heißt eben ehelicher Beziehung – bei der jüngeren Generation zunimmt, ist dieser Trend hin zu Kindern nicht unwahrscheinlich.

Sinkende Geburtenraten

Auch wenn das Thema Kinder immer wieder unter dem Aspekt der Kinderlosigkeit von Frauen diskutiert wird, ändert es nichts daran, dass mehr Männer als Frauen sich eine Lebensform ohne Kinder vorstellen können.



26 Prozent der jüngeren Männer, aber nur 15 Prozent der jüngeren Frauen wünschen sich explizit keine Kinder¹⁰¹.

Drastisch sinkende Geburtenziffern in den letzten Jahrzehnten sind kennzeichnend für die westlichen Industriegesellschaften. In der Europäischen Union ist Deutschland von dieser Entwicklung stärker betroffen als andere Länder. So weist etwa der vom Familienministerium herausgegebene ‚Genderreport‘, basierend auf den Angaben von EUROSTAT und dem Statistischen Bundesamt, nach, dass die durchschnittliche Anzahl von 1,34 Kindern pro Frau in Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 1,46 liegt¹⁰². Baden-Württemberg bewegt sich im Rahmen des nationalen Durchschnitts.

¹⁰⁰ Vergleiche S. Kröhnert et al., Emanzipation oder Kindergeld. Wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären, Berlin, ohne Jahr

¹⁰¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Väter und Vaterbilder in Deutschland, Monitor Familiendemographie Nr. 3, September 2005

¹⁰² Vergleiche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Genderreport 2005, Seiten 218f.



Heidelberg hingegen stellt mit rund 0,8 Kindern je Frau das Schlusslicht in Baden-Württemberg dar¹⁰³. Die durchschnittliche Haushaltsgröße reflektiert diesen Sachverhalt. Mit 1,8 Personen je Privathaushalt liegt die Stadt 2004 eindeutig unter dem Landesdurchschnitt mit einer Bezugsgröße von 2,2¹⁰⁴.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Bevölkerungsbilanzen für Heidelberg seit 1995 dargestellt. Zum Vergleich werden die Zahlen für das Land herangezogen, außerdem die für die Stadt Freiburg, die als Universitätsstadt strukturelle Ähnlichkeiten mit Heidelberg aufweist.

Tabelle 30: Geburtenüberschuss/Geburtendefizit in Heidelberg, Freiburg und Baden-Württemberg seit 1995

Jahr	Heidelberg	Freiburg	Baden-Württemberg
1995	- 129	- 42	+ 1.472
1996	- 101	+ 60	+ 1.574
1997	- 37	+ 335	+ 19.252
1998	- 98	+ 206	+ 14.246
1999	- 82	+ 139	+ 11.040
2000	- 100	+ 155	+ 10.842
2001	- 119	+ 63	+ 7.269
2002	- 178	+ 200	+ 4.491
2003	- 65	+ 89	+ 364
2004	+ 72	+ 194	+ 5.003
2005	- 11	+ 329	+ 201

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2006

Dabei fällt auf, dass – unabhängig vom Ausmaß des jeweiligen Geburtenüberschusses beziehungsweise -defizits – auf Landesebene durchgängig positive Zahlen zu verzeichnen sind. Baden-Württemberg weist in den letzten zehn Jahren stetige Geburtenüberschüsse auf. Ähnlich verhält es sich mit Freiburg. Auch hier übersteigen die Geburtenzahlen die Sterbefälle.

Anders stellt sich die Situation in Heidelberg dar. Von 2004 abgesehen bestimmen die Geburtendefizite das Bild. Der ‚Universitätsstadteffekt‘ kann also in Anbetracht der Unterschiede zwischen Freiburg und Heidelberg nicht als Erklärung für diese Entwicklung herangezogen werden, der Freiburg zusammen mit den Zuwanderungen in den letzten zehn Jahren einen ansehnlichen Bevölkerungszuwachs verdankt.

Steigendes Lebensalter der Mütter bei Geburten

Nicht nur sinkende Geburtenziffern prägen das Bild. Auch das Alter der Mütter bei der Geburt von Kindern verändert sich. Generell lässt sich ein stetiger Anstieg des Lebensalters beobachten: Geburten werden zunehmend in den hinteren Lebensabschnitt verschoben.

¹⁰³ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg. Eine Herausforderung für unsere Gesellschaft, Stuttgart 2005, Seite 21

¹⁰⁴ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2006

Tabelle 31: Geburten in Heidelberg und Baden-Württemberg nach Alter der Mutter in Prozent

Alter:	unter 30 Jahre		30 bis unter 35		35 bis unter 40		40 und älter	
	Heidelberg	Ba-Wü	Heidelberg	Ba-Wü	Heidelberg	Ba-Wü	Heidelberg	Ba-Wü
1991	50,2	59,9	33,4	29,3	14,4	9,3	1,9	1,4
1993	45,1	56,4	35,6	31,9	14,2	10,0	2,7	1,7
1995	42,2	51,6	39,2	34,9	15,6	11,6	2,9	1,9
1997	37,9	47,2	39,4	36,9	19,0	13,8	3,6	2,1
1999	33,5	44,1	37,8	37,5	23,2	15,9	3,8	2,5
2001	32,1	42,4	36,7	36,4	25,4	18,1	5,5	3,0
2003	31,6	42,2	36,9	34,4	25,1	19,8	6,2	3,7
2004	30,7	41,6	36,4	33,6	26,9	20,7	5,9	4,0

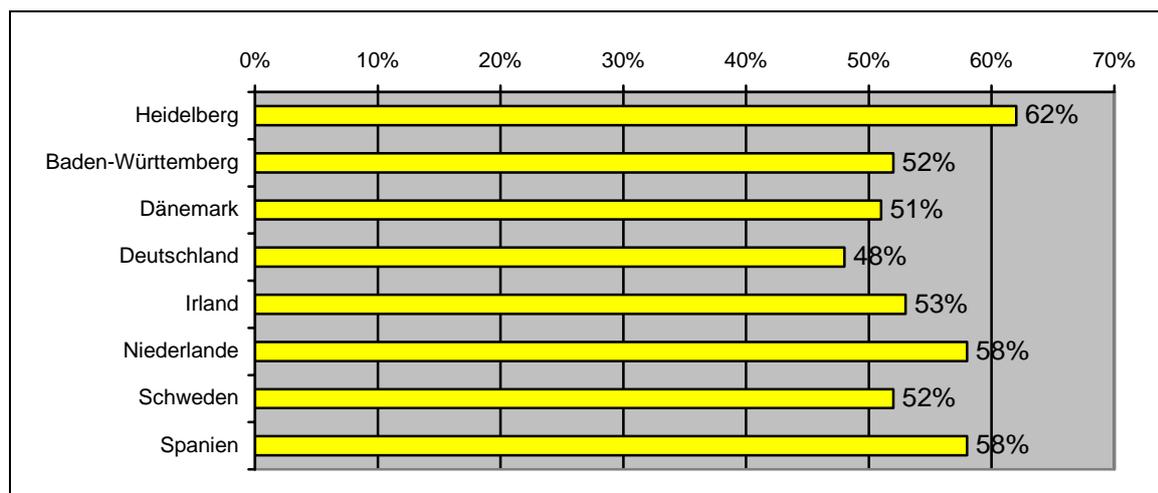
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

- Entfielen 1991 in Heidelberg noch die Hälfte der Geburten, in Baden-Württemberg insgesamt sogar rund 60 Prozent, auf Frauen unter 30, so sinken die Werte 2004 auf rund 31 Prozent beziehungsweise 42 Prozent.
- Mittlerweile entfallen in Heidelberg mit 36 Prozent die meisten Geburten auf die Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen. Zwei Drittel der Frauen sind bei der Geburt von Kindern zwischen 30 und 39 Jahre alt.
- Im gleichen Zeitraum verdoppelt sich die Geburtenrate in der Altersgruppe 35 bis unter 40 von 14,4 Prozent auf 26,9 Prozent, sie verdoppelt sich ebenfalls auf Landesebene, wenngleich auf niedrigerem Niveau.
- Der Tendenz folgend, wonach das Lebensalter der Mütter zunehmend steigt, lässt sich auch bei den Müttern über 40 Jahren ein – wenn auch nur geringfügiger – Anstieg des Lebensalters bei der Geburt feststellen. 1991 entfielen knapp zwei Prozent der geborenen Kinder auf diese Altersgruppe. Im Jahr 2004 verdreifachte sich dieser Anteil auf fast sechs Prozent.



Das Phänomen des steigenden Lebensalters der Mutter kennzeichnet zwar alle EU-Staaten, aber die Heidelberger Situation ist sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich einmalig. Wie die Statistiken der Europäischen Union ausweisen, erreichen die Heidelberger Frauen ‚Spitzenwerte‘ in der Altersgruppe der 30- bis unter 39-Jährigen.

Grafik 12: Anteil der Geburten in der Gruppe der 30- bis 39-jährigen Mütter 2003



Quellen: EUROSTAT; eigene Berechnungen
 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen



In Heidelberg sind die Frauen deutlich älter bei der Geburt von Kindern als anderswo. Fast zwei Drittel der Geburten entfallen auf die Alterskohorte der 30- bis 39-jährigen Frauen. Dieser Befund gilt regional, national und auch im Vergleich mit anderen EU-Staaten. Aus den verfügbaren Daten erschließen sich allerdings nicht die Ursachen für diese Entwicklung. Ebenfalls unklar bleibt die Varianz zwischen den einzelnen Ländern. Schweden oder Dänemark mit einer hohen Erwerbstätigenrate von Frauen zählen ebenso dazu wie Irland oder die Niederlande mit eher geringer weiblicher Erwerbsquote.

Die Erklärung dürfte wohl in erster Linie in den Bildungsabschlüssen der Frauen zu suchen sein. Wo viele Frauen qualifizierte Ausbildungen durchlaufen haben, verlängert die Ausbildungsdauer zwangsläufig den Lebensabschnitt ohne Kinder, folgerichtig steigt das Lebensalter der Mütter im Hinblick auf Geburten an.



Allen in der Tabelle genannten EU-Staaten (außer Deutschland) ist gemeinsam, dass ein vergleichsweise hoher Anteil von Frauen über eine qualifizierte Ausbildung (in der Regel über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss) verfügt. In Schweden beispielsweise kann ein Viertel der Frauen (26 Prozent) zwischen 15 und 64 Jahren den Stufen fünf und sechs der ISCED-Klassifizierung zugeordnet werden¹⁰⁵. Ähnliches gilt für Spanien mit 23 Prozent. Deutschland rangiert im Hinblick auf die höheren Bildungsabschlüsse von Frauen mit einem Anteil von rund 16 Prozent dagegen im unteren Bereich.



Eine überdurchschnittlich hohe berufliche Qualifikation der Frauen in Heidelberg – im Jahr 2003 verfügten fast 54 Prozent der Frauen über einen Fachhochschul- beziehungsweise Universitätsabschluss und lassen sich von daher der ISCED97-Stufe fünf bis sechs zuordnen – erklärt vermutlich den ausgeprägten Anteil relativ ‚später Mütter‘. Für das traditionell akademisch geprägte Heidelberg gilt allerdings durchgängig ein vergleichsweise höheres Lebensalter der Mütter bei der Geburt von Kindern. Wie ein Vergleich der diesbezüglichen Zahlen des Statistischen Landesamts zeigt, ist dies kein Befund neueren Datums. Seit Jahrzehnten ist dieser Trend stabil.

¹⁰⁵ Die Skala des ISCED (International Standard Classification of Education) ist unter der Regie der UNO entwickelt und zuletzt 1997 aktualisiert worden (ISCED-1997). Sie vereinheitlicht die Bildungssysteme mit dem Ziel, die internationalen Bildungssysteme einer Vergleichbarkeit zugänglich zu machen.

Schon für 1961 und 1970 lag die Stadt etwa hinsichtlich der Personenzahl in Privathaushalten mit 2,4 respektive 2,2 unter den vergleichbaren Landeswerten (1961: 2,9, 1970: 2,8).

Lange Ausbildungszeiten, wie sie für das akademische Milieu charakteristisch sind, begünstigen also eine Lebensplanung, die die Geburt von Kindern zeitlich nach hinten verschiebt und zunächst der beruflichen Etablierung den Vorrang einräumt.

Die Verschiebung von Geburten in eine spätere Lebensphase erklärt aber auch die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen als Ausdruck ‚verpasster Gelegenheiten‘. Wenn die Entscheidung für Kinder stetig aufgeschoben wird, dann ist irgendwann auch eine biologische Grenze erreicht, die der Realisierbarkeit eventuell vorhandener Kinderwünsche entgegen steht.

Um so mehr Bedeutung kommt den flankierenden Maßnahmen zu, die die Bereitschaft für Kinder gerade in der Gruppe beruflich qualifizierter Frauen fördern können. In Anbetracht langer Ausbildungszeiten dürfte dieses Thema mittelfristig allerdings nicht nur unter dem Tagesordnungspunkt ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘, sondern auch im Zusammenhang mit der Ausbildung an Bedeutung gewinnen. Es gibt – vereinzelt – junge Frauen, die sich ganz bewusst für eine Familiengründung noch während ihrer Ausbildung entscheiden. Für Paare mit Kinderwunsch ergibt sich daraus ein gravierender Vorteil. Für sie würde sich die Doppelbelastung in einer schwierigen Lebensphase reduzieren, nämlich das zeitliche Zusammenfallen von Familiengründung und Start ins Berufsleben. Frauen, die eine qualifizierte Ausbildung abgeschlossen haben und deren Kinder ‚aus dem Gröbsten‘ heraus sind, können sich ganz ihrer Etablierung im Beruf widmen. Für die Karriereplanung von Frauen hätte dies zweifellos entscheidende Vorteile.

Fazit



Als charakteristisch für Heidelberg kristallisiert sich der Trend zum Singleleben bei Frauen heraus. Dabei ziehen Männer nach. Offensichtlich wirkt sich der formale Bildungsgrad auf den Familienstand und die Lebensformen aus, ohne dabei zu vergleichbaren Lebensformen zu führen. Besonders ins Auge fällt der relative Gleichstand beim Anteil Heidelberger lediger Frauen mit dem in Finnland und Schweden. Auffallend auch der hohe Anteil an hochqualifizierten Frauen sowohl in Heidelberg als auch in den genannten Staaten. In eine ähnliche Richtung weist das Phänomen der Spitzenposition Heidelberger Frauen im Vergleich der EU-Staaten bei Geburten in der Altersgruppe der so genannten Spätgebärenden. Auch hier lässt sich im europäischen Vergleich ein Zusammenhang zwischen Bildungsabschlüssen und steigendem Lebensalter bei Geburten aufzeigen.

Der gleichstellungspolitische Handlungsbedarf ergibt sich aus der Anforderung nach Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit unabhängig von der gewählten Lebensform. Die kontextbezogen zu beantwortenden Schlüsselfragen in allen Verantwortungsbereichen heißen in diesem Zusammenhang:

Wie erreichen wir, dass

- keine Person in ihrer Würde herabgesetzt wird?
- niemand wegen des Geschlechtes eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person in vergleichbarer Situation (es sei denn, dies ist rechtmäßig)?
- dem Anschein nach neutrale Vorgehensweise Personen nicht gegenüber anderen benachteiligen?
- Frauen im Falle einer Schwangerschaft nicht benachteiligt werden?

Das Phänomen Verschiebung von Geburten in eine spätere Lebensphase thematisiert Kinderlosigkeit von Akademikerinnen nicht nur als Ausdruck ‚verpasster Gelegenheiten‘, sondern erweitert die Debatte über die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ um den Aspekt der „Vereinbarkeit von Familie und Bildung“.